

ter, Großborn
ter, Hoberge 2.

3. Juli:
n Hüfte, Kauf-
er Herm. Pape,
Soring, Arbeiter
nn, ferner ein

schüler Wilhelm
ist Freder, 31-
udwig Welland,

Bedwig Grund-
rühner, Regler
ausseher August
te und Johanne

r und Pauline
ermine Hünen-
ffmann, Sand-
chloster Heinrich
Rath und Erna

emeier, 64 J.;
2 M.; Antis-
rich Mooshaage,
Höfeling, 2 J.;
Wente, 66 J.;
3 J.

jedem Sommer
agungsberatung
macht die Milch
entzieht Kran-
und sein reicher
damit auch den
me. 3690

heater.
Tonhalle.)

Bum 1. Male:

at! Fräul.

g von S. Reuert.

nt. Anf. 8 1/2 Uhr:

achserfolg!

terfresser.

rischer Abend.

ufel.

chester.

u 7. Juli,

2 Uhr: 3688

h-Konzert

sa Garten.

oben hierzu Sil-

se 50 Pfennig.

Verpflichtet bei

neren Einfällen

Inferenten der

Volksmacht."

Gele.

als 15 Buchstaben

elt gerechnet.

ng angenommen.

ng!

ragenen Herren-

ime, Uhren und

nur am besten

Wilhelm Meier,

3281*

ahmen,

abstrat, mit An-

Jahr Garantie,

en, sowie sämt-

l. W. Schier,

69. 3585*

3697*

Wille. Heute

Johannisbeeren

40 Pf.

Wille, Wabstoffsir.

ms Kinematogr.

ngen,

sofort oder erhen

eten. Mäheres

3647*

ngen, 3658

her zu vermieten.

Wellerstr. 23.

ung

ermieten. Meier-

3701*

ung 3671*

Obber zu ver-

eldstraße 128.

ung

Stall und Land

er 178 gegenüber

3702

ung

n 1. Oktober zu

115 3687*

de

Mädchen für

Frau Krüger,

3696

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich inklusive
Bestellgeld.
Eingelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Preisdruck-Anschluss Nr. 353.



Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 155.

Bielefeld, Mittwoch, 7. Juli 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Zentrum und Tabaksteuer.

ig Berlin, 7. Juli.

Unter dieser Ueberschrift finden wir in der letzten Nummer der „Tabakwelt“ folgende Aufstellungen:

„Wie vorausgesehen war, hat sich das Zentrum mit der Zustimmung zum Tabak- und Zigarettensteuergesetz zwischen zwei Stühlen gefetzt. Besonders am Rhein macht sich eine steigende Erregung über die Haltung des Zentrums in der Tabaksteuerfrage geltend. Im „Niederheinischen Volksanzeiger für Rees und die benachbarten Ortschaften“ findet sich ein ausführlicher Bericht über eine Versammlung der Vertrauensmänner der Zentrumsparthei des Kreises Rees, die in diesen Tagen stattgefunden hat. Der Vertreter des Wahlkreises, der Abg. Frigen, hielt in dieser Versammlung einen Vortrag über die Reichsfinanzreform und bekannte sich dabei als „prinzipieller Gegner jeder indirekten Steuer“ und als „schroffer Gegner der Tabaksteuer“. Auch in der Diskussion wurde die Tabaksteuer allgemein verurteilt. Redakteur Rodlach meinte unter anderem: Die Haltung des Zentrums in der Tabaksteuerfrage habe im Lande große Erbitterung hervorgerufen. Diese Tatsache festzulegen, halte er für seine Pflicht, sich hierüber hinwegzusehen zu wollen, sei höchst unklug. Jedenfalls sei eine ruhige Sprache hierüber sehr am Platze. Sodann rügte er das Vorgehen des Zentrums insofern, als dasselbe nur tabaksteuerfreundliche Parlamentarier in die Kommission entsandt habe. Am meisten bejauend sei das Verhalten des Abg. Erzberger, der vor kaum Jahresfrist noch als entschiedener Gegner jeglicher Tabaksteuer sich bekannt habe und jetzt trotzdem für dieselbe eintrete. Zum Schluss hat der Redner den Abg. Frigen, seinen Einfluss bei den Fraktionskollegen dahin geltend zu machen, indem er dieselben über die Stimmung des Volkes möglichst informiere und sie zu einer volksfreundlicheren Stellungnahme zu bewegen suche. Herr Kiewitz meinte in bezug auf die Tabaksteuer: „Hien gestanden, in dieser Frage kennen wir unsern Insten so bewährtes Zentrum nicht wieder; bei der Bewilligung dieser Steuer hat es sich nicht von sozialen Gesichtspunkten leiten lassen. Niemals war das Zentrum wohl in einer günstigeren Lage, eine Steuer abzulehnen zu können, wie gerade jetzt, da es doch ausgeglichenet war. Dreißig Jahre lang hat es sich mit Erfolg gegen diese Steuer gewehrt, und jetzt auf einmal stimmt es derselben zu. Für dieses Verhalten steht dem Volke jedes Verständnis. Harte Worte sind in letzter Zeit gegen das Zentrum gefallen, und täuschen wir uns nicht, wird diese Steuer zum Geis erhoben, dann wird der Wahlkreis Rees - Mörs schwerlich dem Zentrum erhalten bleiben.“

Soweit der Bericht in der „Tabakwelt“. Inzwischen ist ja die Abstimmung über die wichtigsten Steuergeetze erfolgt. Von der prinzipiellen Gegnerchaft des Abg. Frigen gegen die indirekten Steuern hat man aber wenig verpirrt. Zwar hat er gegen das Tabaksteuergesetz gestimmt, aber gegen die anderen, die ärmeren Volksklassen belastenden Steuern hat Herr Frigen ebenso wenig zu erinnern gehabt, wie seine Kollegen in der Zentrumsfraktion. Und was den Abg. Erzberger anlangt, so ist nicht zuviel behauptet, wenn man ihn als einen der wütendsten Einseitiger der neuen indirekten Steuervorlagen bezeichnet. Es ist daher kein Wunder, wenn in den Reihen der Zentrums-wähler sich Stimmen gegen diesen schmachlichen Unfall erheben. Wenn das Zentrum vielleicht damit gerechnet hat, durch seine Verwässerung des sozialdemokratischen Antrages auf Entschädigung der arbeitslos gewordenen Arbeiter - ein Antritt der christlichen Tabakarbeiter zu beschwichtigen, so ist diese Annahme, wie es scheint, diesmal eine unrichtige. In einer Petition des christlichen Tabakarbeiterverbandes wird der Reichstag gebeten, eine Ausdehnung und präzisere Fassung des Meibertschen Antrages zu beschließen. Dieses Vorgehen ist nicht nur eine verdiente Kennzeichnung der schwächlichen Haltung der „christlichen“ Arbeitervertreter im Reichstage, sondern auch eine glänzende Rechtfertigung der klaren und umfassenden Forderung, die die Sozialdemokraten in ihrem Antrage erhoben haben.

Werden die Arbeiter nun endlich aus diesen Vorgängen lernen?

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Im Zu der gestrigen Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister ist dem Finanzkompromiss mit dem neuen Bloch zugestimmt worden. Die Verhandlungen über die Einzelfragen dauern noch fort. Man erwartet, daß man schon heute bei der Beratung des Reichsstempelgesetzes die Art der „Verständigung“ erfahren wird.

Der neue Bloch arbeitet übrigens darauf hin, bis zum Sonnabend dieser Woche das nationale Werk der Volksausplünderung zu vollenden. Dant der schwächlichen Haltung der national-liberalen Fraktion, die sich übrigens, wie der Fall Semler-Carmar (siehe Sitzungsbericht) beweist, an ihr selbst bitter rächt, ist kaum anzunehmen, daß die beabsichtigte Durchpeitschung der Vorlagen in dritter Lesung verhindert werden kann. Das ist vielleicht gut so! Denn wenn irgend etwas geeignet ist, die Volksmassen aufzurütteln, dann ist es gerade die Art, mit der der Schnapsbloch diese Finanzgeetze zustande bringt.

Wilsons Abschied. Berlin, 6. Juli. Der Reichskanzler Fürst v. Bülow hat heute an die hier aus Anlaß der Besprechungen über die Reichsfinanzreform anwesenden leitenden Minister der Einzelstaaten und an die Bevollmächtigten zum Bundesrat

Einladungen zu einem Diner ergehen lassen, um sich bei dieser Gelegenheit von ihnen zu verabschieden.

Handelsvertrag mit Venezuela. Berlin, 6. Juli. Dem Reichstag ist der Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaat Venezuela, der am 26. Januar d. J. in Caracas unterzeichnet wurde, zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme zugegangen. Er enthält keine tarifmäßigen oder sonstigen Sonderzuständnisse, sondern sichert lediglich beiden Ländern für die Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen sowie für jede Art der Ausübung des Handels und der Industrie die Meistbegünstigung.

Freisinn und deutscher Bauernbund. Die neue agrarische Organisation, die unter dem Namen „Deutscher Bauernbund“ segelt, entpuppt sich immer mehr als eine nationalliberale Gründung. Der an der Spitze stehende Reichstagsabgeordnete Bachhorst de Wente ist Mitglied der nationalliberalen Reichstagsfraktion und vertritt einen hannoverschen Wahlkreis. Gerade in der Provinz Hannover aber werden die Nationalliberalen vom Bund der Landwirte überaus hart bedrängt. Deshalb lag es nahe, eine Organisation der Landwirte zu gründen, die auf nationalliberalem Boden steht. Die Freisinnigen sind von dieser Gründung keineswegs erbaut. Auf dem freisinnigen Parteitage machte der Abg. Gothein darauf aufmerksam, daß dieser neue Bauernbund den Bestizstand der Freisinnigen in Hannover ernstlich gefährden könne.

Streikende Kriegervereiner. Zwischen dem Deutschen Kriegerbunde und dem Verbands militärischer Vereine in Rheinland-Westfalen ist ein ergötzlicher Streit ausgebrochen. Wilhelm II. kommt aus irgend einem Anlaß demnächst nach der Höhenburg bei Hagen i. W. Der Verband militärischer Vereine in Rheinland-Westfalen hatte gebeten, ihn zu der Feier zuzulassen. Das wurde abgelehnt, weil dem Deutschen Kriegerbunde allein das Recht zustehe, dort Hurra zu schreien. Die rheinisch-westfälischen Vereine wollen nun nochmals einen Versuch machen, zugelassen zu werden; sollte das nicht der Fall sein, dann wollen sie mit ihren 8000 Mitgliedern der patriotischen Feier überhaupt fernbleiben.

Von Eulenburg. Berlin, 6. Juli. Das gestern hier verbreitete Gerücht, Fürst Eulenburg sei verhaftet worden, bewahrheitet sich nicht. Der Fürst ist allerdings schwer erkrankt, so daß es fraglich erscheint, daß er bei der morgigen Verhandlung wird erscheinen können.

Ein deutsch-französischer Grenzkonflikt. Vor einigen Tagen wurde in der Nähe des Vogesenpases „Schlucht“ an der deutsch-französischen Grenze einige 100 Stück deutsches, weidendes Vieh, das von den Weibern bisher immer anstandslos zum Tränken auf französisches Gebiet getrieben worden war, von französischen Zollbeamten beschlagnahmt. Das Vieh wurde erst wieder freigegeben, nachdem mehr denn 1000 Mk. Zollstrafen hinterlegt waren. Bei diesem Zwischenfalle soll sich aber auch die französischen Zollbeamten einer Grenzverletzung schuldig gemacht haben. Sie sollen 16 Stück Rindvieh, das auf deutschem Gebiet blieb, mit abgetrieben und Strafe dafür erhoben haben. Ueber den Fall schweben bereits diplomatische Verhandlungen.

Kriegervereine gegen Gewerkschaften. Auf dem am Sonntag abgehaltenen Abgeordnetentag des Deutschen Kriegerbundes ist der seit Jahren währende Streit, ob Mitglieder der Kriegervereine auch gleichzeitig Mitglieder der freien Gewerkschaften sein dürfen, entschieden worden. Der Bundesvorstand hatte einen Antrag gestellt, der u. a. besagte:

„1. In den Verbands- und Vereinsversammlungen sind die Kameraden über die Sozialdemokratie aufzuklären und bei geeigneter Gelegenheit in die Betätigung ihrer Pflicht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu erinnern. 2. Mitglieder der Kriegervereine können nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören, solange diese sozialdemokratische Organisationen sind oder die sozialdemokratische Partei direkt unterstützen.“

Gegen diesen Antrag wandte sich der freisinnige Parteisekretär Kühle aus Hagen i. W., der da meinte, ob es kameradschaftlich sei, andere Kameraden, nur weil sie organisiert seien, einfach auszuschließen. Ob etwa die Gewerkschaftler nicht ebenso gute Soldaten und Krieger wie die anderen Kameraden seien. Die gewerkschaftlichen Organisationen verfolgten in erster Linie wirtschaftliche Ziele, wenn man daher ein Kriegervereinsmitglied zwingt, aus der Gewerkschaft auszutreten, so biete das, ihn dem wirtschaftlichen Ruin zuzuführen. Die Leisige des Antrages gingen daher von ganz falschen Grundsätzen aus. Diesen vernünftigen Ansichten verschlossen sich die Versammelten. Sie stimmten dem Antrage des Bundesvorstandes in allen Punkten zu.

Allzu scharf macht scharf! Ob dieser Beschluß den Kriegervereinen zu Nutz und Frommen sein wird, möchten wir doch billig bezweifeln.

Aus dem Reichstag.

Das neue Weinsteuergesetz. Die Steuerkommission des Reichstages hat es abgelehnt, eine Weinsteuer zu genehmigen. Zu der zweiten Lesung im Plenum des Reichstags, die am Montag stattfand, haben die Abgg. Graf Kanitz und Schulz (freil.) den Antrag eingebracht, eine Steuer auf Wein und Traubenmost einzuführen. Die Steuer soll für Wein und Traubenmost im Werte von mehr als 40 Mk. pro Hektoliter 7 1/2 Pfg. für den Liter betragen. Steuerpflichtig soll der Wein werden, wenn er an den Kleinbändler oder an den Verbraucher übergeht. Als Kleinbändler sollen solche Weinbändler angesehen werden, die Wein in Mengen von weniger als 10 Liter verkaufen oder zum Anskauf bringen. Vor der Steuer soll u. a. befreit sein: Wein, der zur Herstellung von Essig dient, sowie Meß- und Kommunionwein.

Außer dieser Weinsteuer soll noch eine Flaschensteuer erhoben

werden, die mit 10 Pfg. beginnt und bei den Weinen zum Preise von 50 Mk. pro Flasche mit 8 Mk. endet.

Noch ein „Wild“ geworden.

lg. Graf Oriola, Mitglied des Reichstags und bisher Angehöriger der nationalliberalen Fraktion, veröffentlicht in der „Deutschen Tageszeitung“ folgende Erklärung:

„Seit der Begründung des Bundes der Landwirte hat zwischen der nationalliberalen Partei des Großherzogtums Hessen und dem Bunde ein gutes Verhältnis bestanden. Der Bund der Landwirte hat mit der nationalliberalen Partei in meinem wie auch in anderen hessischen Wahlkreisen erfolgreiche Wahlbündnisse getroffen, und es wurden demgemäß Kandidaten aufgestellt, die mit ihren nationalliberalen Anschauungen ihrer Ueberzeugung gemäß in wirtschaftlichen Fragen die Bestrebungen des Bundes der Landwirte für Landwirtschaft und Mittelstand verbunden. Infolge der jetzigen durch die Reichsfinanzreform herbeigeführten Krisis hat sich leider ein scharfer Gegensatz der nationalliberalen Reichstagsfraktion zum Bunde der Landwirte herausgebildet, so daß mir die Möglichkeit genommen ist, in der Fraktion in dem Sinne zu wirken, der den meinen Wünschen gegebenen Erklärungen entspricht. Entgegen dem seit meinem Eintritt in den Reichstag geübten Fraktionsgebrauche wurden bei der Reichsfinanzreform Beschlüsse gefaßt, die alle Mitglieder bezüglich ihrer Abstimmung banden. Da mir zudem mitgeteilt worden ist, daß mein Verbleiben als Landesvorsitzender des Bundes der Landwirte für Hessen mit meiner Angehörigkeit zur nationalliberalen Reichstagsfraktion dieser Unerblichkeit ersehe, und ich damit vor die Frage gestellt war, ob ich das mir von den hessischen Landwirten übertragene Ehrenamt niederlegen sollte, sah ich mich zu meinem lebhaften Bedauern veranlaßt, meinen Austritt aus der Fraktion zu erklären, der ich so lange angehört habe und mit deren Mitgliedern mich politische Anschauungen und aufrichtige persönliche Freundschaft verbunden hielten.“

Und ein dritter Nationalliberaler, der Abg. Frhr. Seyl zu Herrnhelm, der es vorzog, am 24. Juni, dem Tage der Entscheidung über die Erbschaftsteuer, dem Reichstage fernzubleiben, hat sich von seinem Arzte attestieren lassen:

„Da ich aus der Presse ersehe, daß man dem Reichstagsabgeordneten Ihres Wahlkreises den Vorwurf macht, daß er absichtlich bei der Abstimmung über die Erbschaftsteuer gefehlt habe, erkläre ich hiermit: daß ich dem von mir behandelten Abgeordneten Ihres Wahlkreises auf seine Anfrage, ob ich die Reise nach Berlin zulasse, auf das bestimmteste vorgeschrieben habe, in dem Stadium seiner Kur unter keinen Umständen an der politischen Arbeit teilzunehmen.“

Karlsbad, am 1. Juli 1909.

Med.-Nat. Dr. W. Strunz, behand. Arzt.

Nach früheren Erklärungen des edlen Freiherrn scheint er an der 2. Lejungs-Krankheit gelitten zu haben.

Das Programm des liberalen Bauernbundes.

Der konstituierenden Versammlung des neuen „Bauernbundes“, der gegen den „Bund der Landwirte“ gegründet wurde, soll folgender Programmvoranschlag zur Genehmigung vorgelegt werden:

1. Energijsche Vertretung der bäuerlichen Interessen in den Parlamenten und in den kommunalen Körperschaften auf nationaler Grundlage unter dem Wahlspruch: „Unter allen Umständen Kräftigung des Reichsgebantens“ und mit dem Grundsatz: „Das Vaterland über der Partei.“
2. Denkbare energijtsche Betätigung bei den Wahlen zu diesen Körperschaften, damit Männer gewählt werden, die gewillt sind, gesunde Wirtschafts- und Bauernpolitik zu treiben.
3. Festhalten an unserer bewährten Schutzpolitik entsprechend den Verhältnissen der internationalen Konkurrenz.
4. Ausbau und Verbesserung des Wahlrechts für die Landtage der Einzelstaaten entsprechend den Interessen des ländlichen Mittelstandes.
5. In Steuerfragen gleichmäßige und gerechte Verteilung der Lasten unter Vermeidung der besonderen Belastung einzelner Stände, insbesondere des Bauernstandes.
6. Gründliche Reformierung der Kreisordnungen usw., besonders in den östlichen Provinzen, dahingehend, daß auch dem Bauernstande und dem Mittelstande eine angemessene Vertretung in den Kreistagen, Provinziallandtagen, Landwirtschaftskammern usw. gewährt wird.
7. Wahrnehmung der Verkehrsinteressen bei Anlage neuer Eisenbahnen, Kleinbahnen, Landstrassen, Kanäle usw., damit derartige Unternehmungen nicht zugunsten einzelner gemacht werden.
8. Förderung der Bildung nach jeder Richtung hin, damit auch die Kinder der deutschen Bauern gerüstet dastehen für den Kampf um das Dasein. Zu diesem Zwecke wird gefordert: Einrichtung von Fortbildungskursen und Schulen, von besseren Fachschulen, Haushaltungsschulen und dergleichen unter Zuhilfenahme staatlicher Mittel. Besonders ist dabei Fürtorge zu tragen, daß das Verständnis für politische und staatliche Einrichtungen nach Möglichkeit gefördert wird.
9. Förderung der inneren Kolonisation zwecks Vermehrung der bäuerlichen Familienwirtschaften. Kampf gegen das Restgüterheum, Einschränkung der Fideikomisse und Aufteilung solcher Latifundien, besonders in der Ostmark, die von ihren Besitzern nicht persönlich verwaltet werden, deren Inhaber vielmehr ihren Aufenthalt gewohnheitsmäßig im Auslande nehmen.
10. Die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse auf dem Lande durch Schaffung und Vermehrung eines grundbesitzenden Arbeiterstandes. Die Landwirtschaft wird erst dann zu gesunden Arbeiterverhältnissen kommen, wenn dem fleißigen

Preussische Gerechtigkeit.

Gegen den Bürgermeister von Hufum, Dr. Schüd ing, war, wie bekannt, das Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil er in einer Broschüre die preussische Verwaltungsbureaokratie einer scharfen Kritik unterzogen hatte. Dr. Schüd ing ist im Disziplinarwege zu einer Geldstrafe verurtheilt worden, und es ist ihm die Ausübung seiner weiteren amtlichen Tätigkeit dermaßen verbleidet worden, daß er es vorzog, sein Amt als Bürgermeister niederzulegen. Der Bürgermeister Schüd ing ist aber in seiner amtlichen Tätigkeit von einem Mitgliede der preussischen Bureaokratie, dem Landrat Nasse zu Hufum, auf das schwerste beleidigt worden; als Dr. Schüd ing deswegen klagt, erhebt die preussische Regierung den Kompetenzkonflikt, und das preussische Obergerverwaltungsgericht erklärt dieselbe als begründet, so daß der Landrat straffrei ausgeht. So will es die preussische Gerechtigkeit. Ueber diesen Aussehen erregenden Fall wird berichtet:

Der einzige Unterschied zwischen dem Verfahren des Bürgermeisters Dr. Schüding und demjenigen des Landrats Rasse besteht darin, daß jener in einer Broschüre Mißstände in der preussischen Regierung scharf gerügt hatte, ohne dabei Personen zu beleidigen, während dieser in einem amtlichen Schriftstück eine bestimmte Person, den Bürgermeister Dr. Schüding, persönlich beleidigt hatte. Die scharfe Kritik wird also in Preußen nicht bestraft, die persönliche Beleidigung wird nicht bestraft, wenn sie von einem Beamten in amtlicher Eigenschaft verübt worden ist. In beiden Fällen erfolgt die Entscheidung auf Grund der in Preußen bestehenden Gesetze. Jeder Unbefangene wird aber zugeben müssen, daß beide Entscheidungen mit dem allgemeinen Rechtsbewußtsein des Volkes in direktem Widerspruch stehen. Der Fall, daß auf Grund der in Preußen bestehenden Gesetze ein Nichtbeleidiger bestraft wird, ein Beleidiger aber straffrei ausgeht, beweist uns, daß der preussische Staat noch lange nicht Anspruch darauf erheben kann, ein Rechts- und Kulturstaat genannt zu werden.

Der preussische Minister des Innern hat einen neuen Erlaß über die Handhabung des Legitimationszwanges gegen ausübende Arbeiter herausgegeben. Darin wird darauf hingewiesen, daß diejenigen Arbeiter, welche, ohne im Besitz der Arbeiterlegitimationskarte zu sein, in Arbeit treten wollen oder in Arbeit getreten sind, auszuweisen sind. Im Anschluß hieran ruft es dann in der neuen Ministerialverfügung:

Bielefelder Sommertheater.

en. Dienstag, 6. Juli: Der Tiroler Franzl, Oberherzog's Volksstüd mit Gejang in 4 Aufzügen von Hans euer. Es stimmt schon, der Titel Volksstüd dient gewöhnlich zu, um ganz minderwertige Ware zu deden. Der Serdl ist 20 Jahren in den Verdacht eines Totschlages geraten, sein besnqlid ist darüber in Stüde gegangen, und nunmehr mmt's an den Tag, daß er es nicht war, und daß seine Poppe, ren gesunden Knopf ihn in den Verdacht gebracht hat, ihn eher wegenommen worden war. Es war ein überwältigender amantischer Effekt, als die Thalhammer-Kathl das Korpus stifti, die alte Poppe, aus ihrem Tuch herborzog und dem abstimul zeigte. Natürlich triegen sich nun der Tiroler Franzl d die Lisl und alles endet aus Beste. Ueber die Aufsführung nichts weiter zu sagen. Der Förderung guten Geismads t der Abend nicht gient.

Der neue Erlass ändert an der Rechtswidrigkeit des Segittationszwanges nicht das mindeste. Er beweist nur, daß selbst der preussische Polizeiminister davon überzeugt ist, daß der Erlass große Unbilligkeiten gerechtfertigt hat. Im übrigen spricht aus dem die Befürchtung, daß allzu rigoroses Vorgehen der Polizei im lieben Agrariern ihre ausländischen Ausbeutungssubjekte erschrecken könnte.

Die Durch ein widerliches Feilschen der Kali-Industriellen in die Höhe der Beteiligungsziffern ist die Erneuerung des Kali-Syndikats nach stürmischen Verhandlungen noch nicht definitiv zustande gekommen. Bis auf die beiden Kalinwerke Solldat und Mischersleben ist jedoch unter den bisherigen Gesellschaftern des Kali-Syndikats ein Vertrag vereinbart worden, nach dem ein neues Syndikat vom 1. Januar 1910 ab auf die Dauer von 5 Jahren errichtet wird, falls bis zum 8. Juli die beiden noch außenstehenden Werke ihren Beitritt erklären. In wenigen Minuten zwischen dem Ablauf der alten Vertragsstimmungen und dem neugeschaffenen Provisorium haben Solldat und Mischersleben von ihrem formellen Recht Gebrauch gemacht und Lieferungsverträge nach Amerika abgeschlossen. Diese Verkäufe waren natürlich schon lange geplant und vorbereitet, erfolgten weiterhin Verkäufe von Anteilen der Genossenschaft an amerikanischen Interessenten, die seit Jahren beabsichtigt sind, aus Deutschland Kalllieferungen sich unter Umgehung des Syndikats bei dem Bezuge zu sichern. Das Syndikat befindet sich im Besitze des deutschen Kallmonopols, es war mit Rücksicht auf die heimische Landwirtschaft genötigt, die Preise für das Ausland höher als für das Inland festzusetzen. Kallunternehmungen, die außerhalb des Syndikats bleiben wollten, schienen nun, wie die Syndikatsleute versichern, damit, daß sie sich durch eine Unterbietung der Auslandspreise des Syndikats für den ausländischen Märkten leicht und vorteilhaft Absatz zu schaffen vermögen, da sie nicht wie die Syndikatswerke einen Teil ihrer Produktion zu den billigeren deutschen Preisen abgeben gezwungen sind. Um diese außerSyndikatlichen Reizungen zu dämpfen, wurde zum Schluß der Erneuerungsverhandlungen von einem westfälischen Reichstagsabgeordneten, der dem Ausschussrat eines Kallwerkes gehört, mitgeteilt, daß die Regierung für den Fall einer Nichterneuerung des Syndikats die Einführung eines Kallausfuhrzolles plane. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat diese Ankündigung mit Begeisterung aufgenommen; sie schleudert einen Pannschrei gegen diejenigen Kallwerke, die in der Absicht der Verschleuderung der deutschen Bodenschätze nach dem Auslande umgehen. Ohne auf die Frage einzugehen, ob die Einführung eines Kallausfuhrzolles zur Strafe für die Nichterneuerung des Syndikats zweckmäßig sei, oder ob gar der Exportzoll auch dann zu erwägen sei, wenn das Syndikat am Juli oder später zustande kommt, muß die agrarische Enttötung über die Verschleuderung heimischer Bodenschätze festgelegt werden. Die Agrarier haben sich des Rechts auf eine solche Enttötung längst entäußert, verteidigten sie doch erst bei der Verhandlung der sozialdemokratischen Notstands-Interaktion mit Feuereifer wieder die Verschleuderung von deutschem Getreide nach dem Auslande, eine Verschleuderung heimischer Produkte nach dem Auslande, die um so niederträchtiger gemeinschädlicher ist, als sie dem Reiche mit hohen Prämien Kosten des gesamten Volkes belohnt wird.

Die demokratische „Volkszeitung“ gibt aus Anlaß der Abgrenzung der liberalen Parteitage eine gute Charakteristik der liberalen Modopolitik, der wir folgende Stellen entnehmen: „Von konservativ-liberaler Paarung ist keine Rede mehr. Die gab's früher einmal, in einer Zeit, die lange hinter uns liegt. Sie war selbstverständlich nur ein Uebergangsstadium, und die Abgeordneten verfolgten mit ihrer Beteiligung nur ein für die unerfahrenen Wähler nicht erkennbares Zweck, die Unmöglichkeit der Modopolitik experimentell nachzuweisen. Jetzt sind sie längst gerechtfertigt. Der Winter des Modopolitikanerens ward glorreicher Sommer durch die Sonne, und, das ist eben die Frage, durch wessen Sonne? Wer ist der Liberale, der dem unerfreulichen Zustande ein Ende gemacht hat? Welcher von den vielen „Männern“, den Baffermann, Raumann, Hausmann, ist der Mann gewesen, der das Modopolitikanerens zertrümmerte? . . . Es liegt klar am Tage: Die Liberalen sind's nicht gewesen, die den Strich zwischen sich und den Konservativen gezogen haben. Sie verbanden die Befreiung vom Mod von Herrn v. Seydewitz. Dem können die, die unter der Entwicklung der letzten Jahre seufzen und sich doch nicht entschließen konnten, ihre Trennung von den liberalen Parteien zu vollziehen, recht zuwider sein.“

„Werden sie den Versuch machen, eine Auflösung zu erlangen und die Annahme der vorgeschlagenen Steuererlese hintertreiben? Sie machen nicht mehr mit. Das genügt. Es klingt ja recht stolz, wenn die „Vossische Zeitung“ schreibt: „Die bürgerliche Linke wartet die Entscheidung in laßener Ruhe ab.“ Aber man sollte meinen, daß Ruhe nicht die erste Pflicht des Bürgertums wäre, und auch bei von demselben Blatte konstatierten Befriedigung darüber, daß nicht die Liberalen, sondern die Konservativen den Blod sprengt haben, dürfte die Linke nicht stehen bleiben. Das will ich wegen dieser Finanzreform nicht gefragt worden. Mit unständiger Eile und unter dem Bruch mit den bisherigen Verbündungen der Gesellschaftsordnung sucht die Mehrheit, die keine Mehrheit der Wähler hinter sich hat, die Vorlagen durchzuführen und dem Agrarierum Privilegien gesetzlich zu sichern. Dem müßte der Liberalismus im Einverständnis mit der Sozialdemokratie entgegenzutreten. . . .“

Aber wir fürchten, daß der Freisinn auch jetzt bare Zahlung verweigern wird, was man ja im kaufmännischen Leben als Banterott bezeichnet.

Grundsätze für die kommunale Wertzuwachsbesteuerung. Für Preußen sind von den zuständigen Ministern neue Grundsätze für die Einführung von Wertzuwachssteuerordnungen in Gemeinden und Kreisen aufgestellt worden.

Einer Umgehung der Steuer soll dadurch vorgebeugt werden, daß sie auch beim Wechsel im Personenbestande von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kommanditgesellschaften, Genossenschaften, eingetragenen Genossenschaften und eingetragenen Vereinen, sowie offenen Handelsgesellschaften entsprechend erhoben wird. Diese Gesichtspunkte sollen bei der Genehmigung von Vermeidungssteuerordnungen im Auge behalten werden.

— Außerkündigung der 50-Pfg.-Stücke. Der Bundesrat hat auf Bekanntmachung vom 27. 6. 08 (R.-G.-Bl. 464) die Außerkündigung der fünfzigpfennigstücke der älteren Geprägeformen mit der Wertangabe „50 Pfennig“ zum 1. Oktober 1908 mit einer Frist zur Einlösung bei den Reichs- und Landeskassen bis zum 30. September 1910 beschlossen.

— **Die Handelskammer zu Viefeldeo** hatte beim Staatsſekretär des Reichspfalms beantragt, die durch Poſtauftrag oder Nachnahme eingezogenen Beträge auf das Poſtſcheckkonto des Abwenders mittels Zahllatte ſtatt durch Poſtamtweiſung zu überweiſen. Auf dieſen Antrag ſt die Kammer folgendes mitgeteilt worden: „Es ſind 3 Ermittlungen im Gange, ob es angänglich ſein wird, die durch Poſtauftrag oder Nachnahme eingezogenen Beträge auf das Poſtſcheckkonto des Abwenders mittels Zahllatte ſtatt durch Poſtamtweiſung zu überweiſen. Von dem Ergebnis dieſer Ermittlungen wird die weitere Aufhebung in der Anglegenheit abhängen.“

Geſtgenommen wurde der Arbeiter Gottlieb T. und ſchilde, welcher mit einem Arbeiter Wilhelm Z. aus Schild- ſchide dabei betroffen wurde, wie beide Schuhwaren, die in der Nacht vorher gelegentlich eines Einbruchs entwendet waren, den Mann bringen wollten. Der Komplize entzog ſich ſeiner ſtrafe durch die Flucht. Weiter wurden ſelbſtgenommen eine erſon wegen Erregen öffentlichen Aergerniſſes, 2 Perſonen wegen Diebſtahls und Obdachloſigkeit bezw. Verdacht des Dieb- ſtahls, 1 Perſon wegen Fehlerei und Obdachloſigkeit und eine erſon wegen Verüben groben Unſafs und Wibesſtandes. — Obdachloſe wurden im Poſteigeſängnis verſperrt.

Das gefamte städtische Orchester. Donnerstag, den 8. Juli, ends 8½ Uhr, konzertiert das vollbesetzte Orchester im Hotel Herberhof. Vorkaufsstücken haben hierzu Giltigkeit.

— Vieselfelder Sommertheater. Aus dem Theaterbureau wird s geschrieben. Heute Mittwoch gelangt „Der Kilometerfresser“, sfnant in 3 Akten von Kurt Kraak, ein an Witz und Situations- reiches, die Lustlust unüberbesselt reichendes Stück, zum dritten e zur Aufführung. Der Donnerstag wird uns wiederum mit r Premiere bekannt machen. „Der Teufel“, ein Spiel in drei kstigen von Franz Molnar, ist ein Werk von bedeutenden arativen Werte. das mit durchschlagendem Erfolge zuerst am

1. An die Stelle
[Schriften:

1. Tabakblätter, umbe-
oder über Rauch g
Puppen . . .

2. Tabakerzeugnisse:

- a) Tabakrippen
- b) Tabakbrühe
- c) Tabaklaugen, aus
- d) Tabakblätter, be
- e) entrippt auch
- f) handelt (gebeizt)
- g) beiteiten Tabak
- h) Tabakerzeugnisse
- i) fallen von Hol
- j) Arzotten (Ma
- k) Rollen zur Her
- l) Schnupftabak, f
- m) Rollen, Platten
- n) Papier aus S
- o) Tabakblättern
- p) Geschnittener
- q) Zigarren
- r) Zigaretten

Anmerkung: Für
Nippen von Tabakblät-
tern, deren Verarbei-
tung Tabak und für Ziga-
retten vorgegebene inner-
garellensteuergesetz
vorliegenden Gesetzes

Anmeldepflicht
Jeder Verarbeiter,
zieht, ist verpflichtet, den
Konsum des Tabaks in sein
Jahresvermögen zu
zumelden. Die Ueber-
arbeiter durch den Be-
lassen werden.

Der Veranlassung zu erteilende Rechnung die Grundlage der am Verarbeiter Tabakblätter so sind die Fracht-, Ver- und sonstigen Spesen, die im Inland entstehen, dem ist ermächtigt, für diese Kilogramm Tabak zu enthalten: den Namen Käufer, den zu zahlende Ursprungsland, die übliche Gewichte des Tabaks.

Ueber die Zollbe-
hörden, ihren Angestell-
ten, mitgeführt werden, trifft

Roman aus
von D

„Alle an Bord?“ rief
Barke vom Deck hinunter.
„Alle — Gott sei Dank
hinter uns haben!“ schrie
„Ihr werdet froh sein
habt!“ rief da der Kapitän.
Und das wird un-

nicht mehr dabei anzuhängen.
die wenig schmeichelhaft
„Werst die Falle da
über Ded, „na, was he
noch weiter nach vorn?

„Ja wohl, Stürman
in Ordnung! — soll gleich
„Halt! — was wer
Steuermann plötzlich, o
schnürte Säcke in das
was geht da vor?“
„Nichts, mein Herz
Antwort des Matrosen
viele der Seeleute ihre
Boot.

„Halt! Donnerwetter!
Eigentümer erschreckt, „
„Gott bewahre, Ra-
und sich mit bestem L-
Schiffes legend, schoben

„Ihr dürft nicht absehen!“ schrie und tollte denn diese tolle Flucht in die Augen, war ihm doch auf sich aber entschlichen wenn kamen sie von jedem Dollar extra, und dann trotten, die andere Namen freilich, führten sie nur schwer im Wasser, daß konnten, aber das Land

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 155.

Bielefeld, Mittwoch, 7. Juli 1909.

20. Jahrg.

Das Tabaksteuergesetz.

Beschlüsse des Reichstages in zweiter Lesung.

Artikel I.

Das Gesetz, betreffend die Besteuerung des Tabaks, vom 16. Juli 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 245) wird, wie folgt, geändert.

1. An die Stelle des § 1 treten die nachstehenden Vorschriften:

§ 1.

Zoll.

An Zoll ist zu erheben von 1 Doppelzentner:

1. Tabakblätter, unbearbeitet oder nur gegoren (fermentiert) oder über Rauch getrocknet, auch in Bündeln, Bündeln oder Puppen 85 Mark,
2. Tabakerzeugnisse:
 - a) Tabakrippen und Tabakstengel, auch mit Tabakbrühe behandelt (gebeizt) 85 "
 - b) Tabaklängen, auch gemischt mit Tabakbrühe 100 "
 - c) Tabakblätter, bearbeitet (ganz oder teilweise entrippt auch mit Tabakbrühe behandelt (gebeizt) usw.); Abfälle von bearbeiteten Tabakblättern und Abfälle von Tabakerzeugnissen, auch gemischt mit Abfällen von Rohtabak (Scraps) 180 "
 - d) Karotten (Mangotes), Stangen und Rollen zur Herstellung von Schnupftabak 210 "
 - e) Schnupftabak, Rau- und Pfeifentabak in Rollen, Platten, Tabakmehl, Tabakstaub, Papier aus Stengeln oder Rippen von Tabakblättern 300 "
 - f) Geschnittener Rauchtabak 700 "
 - g) Zigarren 270 "
 - h) Zigaretten 1000 "

Anmerkung: Für Zigarettenpapier aus Stengeln oder Rippen von Tabakblättern mit Ausnahme des zur gewerblichen Verarbeitung bestimmten, ferner für feingeschnittenen Tabak und für Zigaretten ist neben dem Eingangszoll die vorgeschriebene innere Abgabe zu erheben. (§ 2 des Zigarettensteuergesetzes vom 3. Juni 1906 und Artikel IIIa des vorliegenden Gesetzes).

§ 1b.

Anmeldepflicht und Wertermittelung.

Jeder Verarbeiter, der zollzuschlagspflichtigen Tabak bezieht, ist verpflichtet, der zuständigen Zollstelle vor der Uebernahme des Tabaks in seinen Betrieb den Wert (§ 1a Abs. 1) anzumelden. Die Uebernahme der Anmeldepflicht des Verarbeiters durch den Verkäufer kann für bestimmte Fälle zugelassen werden.

Der Wertanmeldung ist die vom Verkäufer dem Verarbeiter zu erzielende Rechnung (Factura) beizufügen. Letztere bildet die Grundlage der amtlichen Wertermittelung. Bezieht der Verarbeiter Tabakblätter von einem ausländischen Verkäufer, so sind die Fracht-, Versicherungs-, Löhungs-, Einlagerungs- und sonstigen Kosten, die durch die Ueberführung in das Zoll-Land entstehen, dem Wert hinzuzurechnen. Der Bundesrat ist ermächtigt, für diese Zuschläge einen festen Satz für je 100 Kilogramm Tabak zu bestimmen. Die Wertanmeldung muß enthalten: den Namen und Wohnort des Verkäufers und des Käufers, den zu zahlenden Kaufpreis, den Tag des Kaufes, das Ursprungsland, die übliche Bezeichnung der Tabakart, sowie das Gewicht des Tabaks.

Ueber die Zollbehandlung der Tabakmuster, die von Verkäufern, ihren Angestellten oder Beauftragten oder von Agenten mitgeführt werden, trifft der Bundesrat nähere Bestimmungen.

§ 1c.

Wertermittelung in besonderen Fällen.

Ist über verschiedene Klassen Tabak (Sortierungen) zwischen dem Verkäufer und Verarbeiter nur ein einheitlicher (Durchschnitts-) Preis vereinbart worden, so ist, wenn die Feststellung des Zollzuschlags für nur einen Teil der gekauften Menge notwendig wird, neben der Wertanmeldung und der Gesamtrechnung noch eine Schätzung des Wertes der einzelnen Klassen beizubringen, die den Durchschnittspreis ergibt. Wenn die ganze Menge abzüglich etwa weiter verkaufter Teile innerhalb fünf Jahren vom Tage der Ausstellung der Gesamtrechnung an nicht bezogen ist, ist der Zollzuschlag für den bereits bezogenen Teil nach dem höchsten Werte zu berechnen, den die Schätzung der einzelnen Klassen enthält. Der Mehrbetrag ist nachzuschlagen. Stimmt der für die weiter verkauften Teile erzielte Preis nicht mit dem in der Schätzung aufgeführten Werte überein, so ist eine nachträgliche Änderung der Schätzung zulässig.

Hat der Verarbeiter Teile einer aus mehreren Klassen bestehenden, zu einem einheitlichen Durchschnittspreis gekauften Menge Tabak vor der Feststellung des Zollzuschlags weiter verkauft, so ist der Wertanmeldung für den zollzuschlagspflichtigen Teil die Gesamtrechnung und die in Abschrift beizubringende Rechnung über den weiter verkauften Teil beizufügen. Besteht in diesem Falle der zollzuschlagspflichtige Teil aus mehreren Klassen, so finden die Vorschriften der Abs. 1 und 2 sinngemäße Anwendung.

Wenn im Falle einer befristeten Lieferung eine nachträgliche Preisänderung oder die Rückgabe eines noch nicht verzollten Teiles einer zu einem Durchschnittspreis gekauften Menge Tabak an den Verkäufer erfolgt, finden die Vorschriften des Abs. 3 sinngemäße Anwendung.

Bei Tabak, den der Verarbeiter selbst im Auslande pflanzen läßt oder ohne Zahlung eines Entgeltes erwirbt, ist der Wertanmeldung der Preis zugrunde zu legen, der nach der allgemeinen Marktlage von inländischen Verarbeitern für Tabak gleicher Beschaffenheit gezahlt wird.

Wenn, abgesehen von dem im vorhergehenden Absatz erwähnten Falle, der Wertanmeldung eine Rechnung nicht beigelegt wird, erfolgt die Ermittlung des für den Zollzuschlag maßgebenden Wertes durch Erhöhung des angemeldeten Wertes um fünfzig vom Hundert.

§ 1f.

Entscheidung über die Zulänglichkeit der Wertanmeldungen.

Zweifel der Zollabfertigungsstellen an der Zulänglichkeit der Wertanmeldungen sind von einem Prüfungsamt für Tabakabfertigung zu entscheiden, das mindestens zu zwei Dritteln mit Sachverständigen aus dem Tabakgewerbe besetzt ist. Der Reichsfiskus bestimmt die Zahl der Prüfungsämter, deren Sitz, Zuständigkeit, Befugnis und Geschäftsordnung. Die Sachverständigen, von denen fünfzehn sechs ihre Tätigkeit als Ehrenamt ausüben sollen, werden vom Reichsfiskus nach Anhörung der Vertretungen des Tabakhandels und der Tabakverarbeitung berufen.

Die Zollabfertigungsstellen, welche die Entscheidung des Prüfungsamtes anrufen, haben ihm mit der Wertanmeldung und ihren Unterlagen ein Muster des zu prüfenden Tabaks zu überreichen. Der Verarbeiter erhält für das entnommene Muster Vergütung nach dem angemeldeten Werte.

Das Prüfungsamt ist zu Erhebungen aller Art berechtigt, insbesondere zur Forderung der Vorführung von Probeballen, zu örtlichen Befichtigungen und zur schriftlichen oder persönlichen Befragung des Verkäufers und Verarbeiters über die näheren Umstände des Geschäftsabchlusses. Das Prüfungsamt ist auch befugt, sich für seine Ermittlungen der Handelskammern oder der von diesen vorzuschlagenden Sachverständigen zu bedienen.

Das Prüfungsamt hat nur über die Zulänglichkeit oder Unzulänglichkeit der Wertanmeldung zu entscheiden.

§ 1h.

Zollzuschlag für Zigarren.

Zigarren unterliegen außer dem vorgeschriebenen Zolle einem gleichzeitig mit diesem zu entrichtenden Zollzuschlag von vierzig vom Hundert des Wertes.

Als Wert gilt der vom Einbringer bezahlte oder zu zahlende Preis. Der Einbringer hat bei der Zollabfertigung der Zigarren in den freien Verkehr den Wert nach näherer Anordnung der Steuerbehörde anzumelden und, sofern nicht der Erwerb ohne Zahlung eines Entgeltes erfolgt ist, die Rechnung des Verarbeiters beizufügen. Die Unterlassung der Beifügung der Rechnung hat die in § 1c letzten Absatz vorgesehene Folge.

Zweifel der Zollabfertigungsstellen an der Zulänglichkeit der Wertanmeldungen werden unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des § 1f Abs. 1 bis 3 entschieden.

Erklärt das Prüfungsamt eine Wertanmeldung für unzulänglich, so steht der Reichsfiskusverwaltung das Ankaufsrecht nach § 1g Abs. 1 und 3 zu. Uebt die Reichsfiskusverwaltung das Ankaufsrecht nicht aus, so ist für den Zollzuschlag der von dem Prüfungsamt geschätzte Wert maßgebend.

Für die im Reiseverkehr eingebrachten Zigarren beträgt der Zollzuschlag 1000 Mk. für 1 dz. Was als Einbringung im Reiseverkehr zu gelten hat, bestimmt der Bundesrat.

Artikel II.

Übergangsvorschriften.

1. Der Reichsfiskus ist befugt anzuordnen:

- a) daß von allen, beim Inkrafttreten dieses Gesetzes im freien Verkehr befindlichen, noch nicht verarbeiteten ausländischen Tabakblättern ein Zollzuschlag von 40 vom Hundert des Wertes nachträglich erhoben wird;
- b) daß die am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes im Besitz oder Gewahrsam inländischer Händler befindlichen bereits verzollten Zigarren ausländischen Ursprungs zum Satze von 40 Mk. für 1000 Stück nachverzollt werden.

2. Soweit die in Ziffer 1a gedachte Maßnahme nicht Platz greift, unterliegen alle am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes im freien Verkehr des Zolllandes befindlichen unbearbeiteten oder bloß geschnittenen Tabakblätter, wenn sie ausländischen Ursprungs sind, einer Nachverzollung in Höhe von 27 Mk. für den Doppelzentner und, wenn sie im Inlande erzeugt sind, einer Nachverzollung von 12 Mk. für den Doppelzentner. Bearbeitete entrippte Tabakblätter unterliegen einer Nachverzollung von 36 Mk., einer Nachverzollung von 16 Mk. für den Doppelzentner. Aus besonderen Gründen kann eine Ermäßigung der Höhe der Nachverzollung und Nachverzollung vorgeesehen werden. Die Beträge der Nachverzollung und Nachverzollung sind gegen Sicherheitsbestellung für eine Frist von fünf Monaten zu stunden.

3. Jeder, der zu dem in Ziffer 2 angegebenen Zeitpunkt bereits verzollte oder versteuerte Tabakblätter im Besitz oder Gewahrsam hat, ist verpflichtet, sie innerhalb der zu bestimmenden Frist dem zuständigen Steueramt unter Nachweis ihres Ursprungs und im Falle der Ziffer 1a unter Angabe des Ankaufspreises und Vorlage der zugehörigen Rechnungen anzumelden. Der Ankaufspreis bildet die Grundlage der Wertermittelung. Den Aufstellungsbeamten der Steuerbehörde sind zum Zwecke der Wertermittelung auf Erfordern die Geschäftsbücher und Schriftstücke vorzulegen, die auf den Einkauf und die Bezahlung von Tabakblättern Bezug haben.

Für unbearbeitete Tabakblätter ausländischen Ursprungs, die bei Inkrafttreten des Gesetzes ausweislich der Bücher im Besitze von Herstellern sind und sich im freien Verkehr befinden oder in zollfreien Niederlagen oder im Zollauslande lagern, sind für die Wertermittelungen die Bestimmungen der §§ 1b, 1c und 1e nicht anzuwenden, wenn der Hersteller innerhalb der gemäß Abs. 1 bestimmten Frist ein Verzeichnis dieser Tabake dem für seine Hauptniederlassung zuständigen Steueramte einreicht und

Gold.

Roman aus den Goldfeldern Kaliforniens von Friedrich Gerstäcker.

5. „Alle an Bord?“ rief jetzt der Steuermann der Bremer Bark vom Deck hinunter.
„Alle — Gott sei Dank, daß wir Euer nichtsbrauchiges Schiff hinter uns haben!“ schrie einer der Passagiere.
„Ihr werdet froh sein, wenn ihr hier troden Brot zu faulen habt!“ rief da der Kapitän von einem Quarterdeck aus.
„Und das wird uns gut schmecken, wenn wir Eure Fracht nicht mehr dabei anzusehen haben, Kapitän Maier,“ lautete die wenig schmeichelhafte Antwort.
„Werst die Falle da los!“ tönte der Ruf des Steuermanns über Deck, „na, was heißt das? — was schleppt ihr das Boot noch weiter nach vorn? Hinunter mit den Tauen!“
„Ja woll, Stürmann!“ lautete einer der Matrosen, „Alles in Ordnung! — soll gleich besorgt sein!“
„Halt! — was werst ihr da noch hinunter?“ schrie der Steuermann plötzlich, als sechs oder acht weisse, festgeschurzte Säcke in das Boot hinabstiegen. „Was ist das? — was geht da vor?“
„Nichts, mein Herrchen; nur unsere Garderobe,“ lautete die Antwort des Matrosen zurück, und wie Ratten folgten ebenso viele der Seeleute ihrem vorangegangenen Eigentum in das Boot.

„Halt! Donnerwetter, das wird zuviel!“ riefen die beiden Eigentümer erschreckt, „wir finken!“
„Gott bewahre, Kameraden, stoß ab! aho — ih!“ — und sich mit bestem Willen gegen die Seite ihres eigenen Schiffes legend, schoben sie das vierstellige Frachtfahrzeug ein Stück ab und in offenes Wasser hinaus.
„Ihr dürft nicht abstoßen! bleibt hier!“ — halt! meine Jolle hinunter!“ schrie und tobte der Kapitän auf seinem Deck herum, denn diese tolle Flucht der eigenen Leute, gerad' unter seinen Augen, war ihm doch außer dem Spaß. Die Bootsführer schrien sich aber endlich wenig an seine Ausrufungen. Erstlich bekamen sie von jedem Kopf, den sie mehr hinüberbrachten, einen Dollar extra, und dann waren es ebenfalls weggelaufene Matrosen, die andere Kameraden nicht so leicht im Stiche ließen. Freilich führten sie nur zwei Kuber, und das Boot ging so schwer im Wasser, daß sie endlich langsam damit fortrücken konnten, aber das Land war auch nicht weit entfernt, und das

erst einmal erreicht, und alle Kapitäne der Bai hätten sie nicht wieder holen können.

Kapitän Maier gedachte indessen nicht, sie bis an Land zu lassen und hoffte noch immer genug von seiner Autorität über die Leute, die vorher zurück und aus dem Boot zu holen.

Nach fünf Minuten bereitete sich das Boot auf Wasser nieder, und mit seinen beiden Steuerleuten, wie dem Zimmermann und Koch, setzte er den Fluchthang nach, die er auch bald eingeholt hatte. Das vierstellige lastenartige Fahrzeug war gerade vor dem Bug der Leontine vorübergefahren und zwar so dicht, daß das eine Kuber die angepaunte Anterseite freistieß, als die leichtgebaute Jolle heranschoß und der Kapitän seine Leute barisch herüber und zu sich an Bord beorderte. Sein Empfang doct lautete aber nicht ermunternd.

„Nimm herüber und hol' uns, mein Schatz!“ riefen ihm die Matrosen höhnend zu, während die Passagiere ihren bisherigen Schiffsführer mit Schmähanzen überhäuften. Alle nur erdenklichen Schimpfwörter wurden gegen ihn geschleudert, und selbst dabei blieb es nicht, denn Stücken Zwieback flogen gegen ihn an, und mit den Blechbechern schöpften einige Wasser und gossen es nach ihm.

Mit Gewalt war da nichts anzurichten, so viel sah Kapitän Maier endlich ein, und den Bug seines Bootes herumwerfend, hielt er, so rasch er konnte, der nächsten Landung zu, wahrscheinlich, um gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. War das übrigens seine Absicht gewesen, so kam er damit zu spät, denn das Lichtboot gelangte bald darauf an eine Stelle, wo es die Matrosen bequem an Land setzen konnte. Diese schüttelten dort ihre Säcke, zahlten ihr Ueberfahrtsgehalt und waren im nächsten Augenblick in dem Gewühl am Ufer verschwunden, während das Boot jetzt langsam dem gewöhnlichen Landungsplatz entgegenfuhrte.

Der Kapitän der Leontine schien einmal nicht übel Lust zu haben, seinem Kollegen zu Hilfe zu eilen, besann sich aber doch wieder eines Besseren und mißte sich nicht in fremde Gänge, deren günstige Resultate immer nur höchst zweifelhaft geblieben wäre.

Die Passagiere und besonders die Matrosen hatten übrigens dieser Scene mit außerordentlichem Interesse zugehört, und wie auf gemeinschaftliche Verabredung stießen, so lange sie dauerte, alle Arbeiten. Der Kapitän selbst vergaß ganz, daß sich die eigenen Leute doch am Ende ein Beispiel daran nehmen könnten, und erst als die Deserteure an Land und jubelnd den Abgang hinauf sprangen, rief er seine Mannschaft mit lauter und barischer Stimme an ihre Arbeit zurück. Dadurch

wurden die Passagiere aber ebenfalls gemahnt, daß sie hier ihre Zeit nutzlos vergeuden. Dort drüben lag Kalifornien, und alles drängte und schrie durcheinander nach einem Boot, das Schiffs so rasch als möglich zu verlassen.

So sehr sich nun die Auswanderer bei ihrer Landung in Nordamerika oder Australien scheuten, das Schiff gleich die ersten Tage zu verlassen, weil sie doch gern erst einmal rekonoszieren und den Boden kennen: lernen wollten, auf dem sie ihre neue Heimat gründen sollten; so rücksichtslos suchte jetzt hier alles nur Land, nur Boden zu gewinnen, dem man eben mit Spaten und Spitzhacken beikommen konnte. Daß dort Gold lag, verstand sich von selbst. In diesem nach Augenmaß der Masse konnte sich aber der einzelne natürlich nicht um den einzelnen kümmern. So geschah es denn auch, daß die Frau Tiedert, der man bis dahin jede Freundlichkeit erwies, u. a. beschiet und allein mit ihrem drei Kindern an den Strand und mit flüppendem Herzen über die Bai hinaus schaute, auf der sie jeden Augenblick das nahende Boot ihres Gatten erwartete. Das gekerkerte Schiff zeigte schon lange die Hamburger Flagge; — er wachte, daß sie mit einem solchen in dieser Zeit eintreffen mußte und hatte gewiß schon wochenlang auf sie und die Kinder gehofft, ja ohnedies auch in seinem Briefe fest versprochen, sie gleich von Bord abzuholen, und doch kam er nicht.

Nur der alte Affessor Möhler war bei ihr geblieben. Einmal fürchtete er, daß das Jüngste, bei der Aufregung der Mutter und in der allgemeinen Verwirrung, vielleicht doch am Ende zu Schaden kommen könne, und dann sagte ihm auch wohl ein unbestimmtes, eben nicht ermutigendes Gefühl, daß er immer noch früh genug jenes iabelhafte Land betreten würde. So, indem er Schutz gab, suchte er auch wieder zugleich Schutz unter den Fittigen der Frau und glaubte die Bekanntschaft des reichen Kaliforniers unter keinen besseren Umständen machen zu können, als wenn er ihm die gewiß sehr schätzte erwartete Familie gesund und wohl überliefere.

Eine Menge kleiner Boote kreuzten herüber und hinüber zwischen den verschiedenen Schiffen und dem Land — oft dicht an ihren eigenen Fahrzeugen vorbei. Angerufen oder schüttelten die Rudern den Hets mit dem Kopfe, oder antworteten auch gar nicht — sie hatten irgend ein anderes Ziel — was kümmerten sie die Neuankommenden, denen Schiff auf Schiff folgte. Nur ein paar leere Boote, von einzelnen Männern gerudert, legten langsam, Passagiere mit hinüber zu nehmen. Es waren Amerikaner, die mit ihren eigenen Booten auf solche Art ihren Lebensunterhalt verdienten und die Passagiere wunderten sich darüber,

den Verkaufspreis mit der Angabe seiner Verteilung auf die einzelnen Posten eines Durchschnittsaufwandes unter Vorlegung seiner Geschäftsbücher sowie auf Verlangen die Beschaffenheit der Tabake durch Vorlage von Mustern oder Probeballen nachweist. Ueber die festgestellten Werte sind von dem Steueramte Beglaubigungen unter genauer Bezeichnung der Tabake gemäß § 1b Abs. 2 auszustellen. Die Beglaubigung tritt an die Stelle der Rechnung (§ 1b Abs. 2) und ist bei der Zollabfertigung von Tabak, dessen Wert beglaubigt ist, der Wertanmeldung beizufügen.

Die Wertfeststellung erfolgt nach näherer Bestimmung des Reichsfanzlers.

4. Der Verkäufer von Tabakblättern, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes verkauft sind, aber erst nach diesem Zeitpunkt geliefert werden, ist befugt, die Erstattung der nachweislich verauslagten Beträge für Nachverzollung und Nachversteuerung vom Käufer zu verlangen.

5. Händler, die bereits verpölte ausländische Zigarren am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes im Besitz oder Gewahrsame haben, sind im Falle einer Anordnung nach Ziffer 1b verpflichtet, innerhalb der zu bestimmenden Frist die Anzahl der in ihrem Besitz oder Gewahrsame befindlichen ausländischen Zigarren der zuständigen Steuerbehörde anzumelden.

6. Die in Artikel I § 1d vorgeschriebene Betriebsanmeldung ist seitens der bestehenden Betriebe spätestens zwei Wochen vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zu erstatten.

Artikel IIa. (Neu.)

Unterstützung arbeitslos werdender Arbeiter.

Aus den Einnahmen auf Grund dieses Gesetzes sind den Landesregierungen, je nach dem festgesetzten Bedürfnis, entsprechende Beträge zu überwiesen, aus welchen denjenigen Hausgewerbetreibenden und Arbeitern, welche innerhalb des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vorübergehend oder für längere Zeit arbeitslos werden, ohne anderweit eine entsprechende Beschäftigung zu finden, oder welche wegen notwendig gewordenen Berufswechsels geschädigt werden, Unterstützungen gewährt werden. Die näheren Vorschriften über Umfang und Bedingungen der Zuwendungen erläßt der Bundesrat, jedoch mit der Maßgabe, daß die Unterstützung im Falle eingetretener Arbeitslosigkeit nicht weniger als drei Viertel des einjährigen Arbeitsverdienstes betragen darf.

Artikel IIIa.

Das Zigarettensteuergesetz vom 3. Juni 1906 wird wie folgt geändert:

Der § 1 Abs. 1 wird aufgehoben.
In § 2 Abs. 1 ist in der Klammer das Wort „und“ zu streichen und hinter dem Wort „Wälchen“ zu setzen „u. v.“; ferner Abs. 1 Ziffer 1 und 3 wie folgt zu fassen:

1. für Zigaretten im Kleinvertriebspreise:
 - a) bis zu 1 1/2 Pfg. das Stück 2,00 Mk. für 1000 Stück,
 - b) von über 1 1/2 bis 2 1/2 Pfg. das Stück 3,00 Mk. für 1000 Stück,
 - c) von über 2 1/2 bis 3 1/2 Pfg. das Stück 4,50 Mk. für 1000 Stück,
 - d) von über 3 1/2 bis 5 Pfg. das Stück 6,50 Mk. für 1000 Stück,
 - e) von über 5 bis 7 Pfg. das Stück 9,50 Mk. für 1000 Stück,
 - f) von über 7 Pfg. das Stück 15,00 Mk. für 1000 Stück;
2. für Zigarettenpapier, mit Ausnahme des zur gewerblichen Verarbeitung bestimmten, 1 Mk. für 1000 Zigarettenhüllen.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

276. Sitzung vom Dienstag, 6. Juli, vorm. 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die zollwidrige Verwendung von Gerste. Der Entwurf verbietet die Verwendung der zu dem niedrigen Zollsatz verzollten Gerste zu Brauwedern. Die Kommission hat die Kenntlichmachung der zu dem niedrigeren Zollsatz eingeführten Gerste hinzugefügt.

Abg. Dr. Südekum (Soz.) beantragte Abhebung des Gegenstandes von der Tagesordnung. (Großer Lärm bei den schwachbesetzten Mehrheitsparteien, die mit Hilfe aus sämtlichen Winkeln des Hauses herbeigeholter Reserven den Antrag zu Fall bringen.)

Abg. Sped (Ztr.) verzichtet auf Wort.

Abg. Stolle (Soz.): Auch die amtliche Statistik hat zugeben müssen, daß Mischstände in irgendeiner erheblichen Maßstabe nicht vorgekommen sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Es wäre ja auch geradezu eine Verleumdung der Zollbeamten, wenn man das Gegenteil annehmen würde. Die Kenntlichmachung würde

solche Leute hier noch zu finden. Warum waren die nicht oben in den Minen und gruben Gold?

Mr. Gellon, der seit die Einfahrt des goldenen Torres passiert, das Ded noch seinen Augenblick verlassen hatte, rief ein bißchen Boote an und mietete es zu einem enormen Preis für sich und seine Frau und sein Gepäck. Andere wurden von den übrigen Kapitän-Passagieren in Beschlag genommen, und mehrere Stunden mochten vergangen sein, ehe dasselbe vieredige und lastenähnliche Fahrzeug, das früher von der Bremer Barke den Matrosen zur Flucht verscholten, wieder zwischen den Schiffsen sichtbar wurde und auf sie zuhielt.

Der Kapitän der Leontine war indessen schon lange mit seiner eigenen Fülle an Land gefahren, und der Steuermann wollte das gutgemerkte Fahrzeug nicht an seinen Bord legen lassen. Die Passagiere aber, denen das Ded unter den Füßen brannte, sammelten sich in Masse gegen den Steuermann und drohten ihn über Bord zu werfen, wenn er ihnen verbieten sollte, das Schiff zu verlassen. Das Richterfahrzeug nahm übrigens nicht die geringste Notiz von den drohenden Hinübergeraten Worten des Offiziers. Einzelne der Passagiere, während sich die Matrosen vollkommen untätig dabei verhielten, warfen ihnen dabei ein Tau hinunter und alle, die ihr Gepäck schon bereit hatten, reichten ihre Kisten und Kisten hinab und sprangen nach, so rasch sie irgend konnten. — Nur die Frau Siebert blieb teilnahmslos bei dem allen stehen und schien bloß Augen für die Ufer, bloß für die anfahren den Boote zu haben, um wieder und immer wieder getäuscht zu werden. Der alte Wessler redete ihr fortwährend Trost ein und bat sie, nicht ungeduldig zu werden. In dem Wirrwarr, der dort am Ufer zu herrschen schien, habe Herr Siebert recht gut die Ankunft ihres Schiffes übersehen können, oder wenn er darauf gewartet, so hätte er auch die übrige kleine Flotte, die ihnen gefolgt sei, bemerken müssen. Noch eine Hamburger und eine Bremer Flagge wehe von deren Masten, und es wäre sehr leicht möglich, daß er erst nach den beiden anderen deutschen Schiffen hinübergefragt sei. Die Frau nicht schweigend mit dem Kopf; so zurückhaltend sie aber bis jetzt aufgetreten war, ein so beengendes Gefühl hatte sich jetzt ihrer bemächtigt, denn gar so einsam, gar so verlassen kam sie sich in dem fremden Lande vor. Sie mußte wohl recht gut, daß das nur auf ein paar Stunden

dem Reiche eine Ausgabe von drei Millionen bereiten, während man doch dabei ist, aus allen Ecken und Winkeln Geld zusammenzufügen, um dem großen Delle abzuwehren. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die vorgeschlagene Rotfärbung wird übrigens von den Behörden des Königreichs Sachsen sehr mißgünstig aufgenommen werden, die bekanntlich in der Anwendung roter Farbe provozierende Färbeschattungen republikanischer Gesinnung sehen. (Seiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Es liegt auch vom Standpunkt der Landwirtschaft gar kein Interesse vor, die Gersteneinfuhr zu erschweren. Der deutsche Gerstenbau deckt nicht die Bedürfnisse der deutschen Viehzucht und gerade der kleine Bauer, der es sich nicht leisten kann, seine Gersten selbst zu bauen, bedarf dringend ausländischer Zufuhr. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unterbindet man diese, so werden die horrenden Fleischpreise noch weiter steigen. Will das Zentrum dieses Gegenteil einer arbeiterfreundlichen Politik mitmachen? Die Fassung des Gesetzes ist übrigens so, daß der polizeilichen Schikane wieder einmal Tor und Tür geöffnet werden. Die Gerechtigkeit und das Interesse der Arbeiter, wie der kleinen Landwirtschaft verlangen Ablehnung des Gesetzes. (Leb. Beifall bei den Soz.)

Die Abgg. Hausmann (natl.) und Hufnagel (konf.) treten für die Vorlage ein, während

Abg. Carstens (Zr. Sp.) sie bekämpft und darauf hinweist, daß die Regierung die Kommissionsbeschlüsse als unannehmbar bezeichnet habe. (Hört, hört! links.)

Direktor im Reichshausamt, Kühn, bestätigt, daß der Kenntlichmachungszusatz der Kommission unannehmbar sei.

Abg. Vogt-Hall (W. Bg.) glaubt aus guten Gründen nicht so recht an das Unannehmbar der Regierung und hofft stark auf eine Verständigung.

Abg. Gothein (Zr. Bg.) hat ebenfalls jeden Glauben an „Standpunkte“ der Regierung verloren.

Ministerialdirektor Kühn bemüht sich vergebens, diesen Glauben wieder herzustellen.

Abg. Sped (Ztr.) ist vom Umfalle der Regierung überzeugt.

Es laufen ein ein Antrag Hufnagel (konf.) auf namentliche Abstimmung über § 1 und ein Antrag von Normann (konf.), von Hertling (Ztr.) auf Schluß der Debatte. (Sturm. Widerspruch und bestige Zurufe auf der ganzen Bank.)

Abg. Singer (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung über den Schlußantrag. (Borner Lärm beim neuen Bloß.)

Abg. Dr. Semler (natl.) konstatiert, daß der konservative Graf Carmer ihm erklärt habe, daß man ihn, Semler, noch vor dem Schlußantrag sprechen lassen wolle, wenn er sich verpflichte, nur 5 Minuten zu sprechen. (Sturm. Zurufe bei den Soz. und Liberalen.) So sucht man eine ernste sachliche Debatte abzuwehren. (Sturm. Beifall links.)

Nach dem auch von den meisten Freisinnigen unterstützten Antrag Singer findet nunmehr über den Schlußantrag Normann eine ungewöhnlich lange namentliche Abstimmung statt, während deren das Haus und namentlich der Schnapsblock allerhand Ull und Alotria treibt.

Der Schluß der Debatte wird mit 184 gegen 149 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen. (Sturm. Zurufe links. Gegenrufe rechts und im Zentrum, vergebliches Läuten Dr. Paasches. Wilde Unruhe im ganzen Hause.)

Nach erregten und mit noch erregteren Zwischenrufen begleiteten persönlichen Bemerkungen des Abg. Semler (natl.) und Graf Carmer (konf.) wird § 1 in namentlicher Abstimmung mit 255 gegen 85 sozialdemokratische und freisinnige Stimmen angenommen.

§ 2 bedroht mit den Strafen der Zolldefraudation den, der aus zum niedrigeren Zollsatz eingeführter Gerste Malz zu Brauwedern verwendet, oder solche Gerste ohne ausdrücklichen Hinweis auf ihre niedrigere Verzollung in Verkehr bringt.

Abg. Stolle (Soz.): Man sagt, die Regierung komme mit diesem Gesetz einem Wunsche der Reichstagsmehrheit nach. Solchen Wünschen kommt sie nur nach, wenn es sich um agrarische Zwecke handelt. (Leb. Zustimmung links.) Der Bund der Landwirte fördert die Kleinbauern mit der angeblichen Interessengemeinschaft zwischen Klein und Groß; hier aber wird die Einfuhr erschwert, an der der kleine Viehzüchter interessiert ist. Die Behauptung von den umfangreichen Defraudationen ist eine unerhörte Verleumdung gegen unsere Zollbeamten. (Sehr richtig! bei den Soz. und den Freis.) Das Gesetz ist unannehmbar und geradezu ein Verbrechen an der kleinen Landwirtschaft und am Handel. (Leb. Bravo! bei den Soz.)

§ 2 wird angenommen und debattelos die folgenden Paragraphen

§ 5 bestimmt, daß das Gesetz am 1. September d. J. in Kraft tritt.

Abg. Dr. Südekum (Soz.) beantragt einen Antrag, gleichzeitig mit diesem Gesetze die Aufhebung der Einfuhrsperre in Kraft treten zu lassen. Die Agrarier möchten gern zwischen

sein konnte, aber sie hatte sich den Empfang doch ganz anders gedacht und gehofft, daß ihr Mann noch an Bord springen würde, so lange alle Passagiere versammelt waren, sie dann im Triumph an Land zu führen und jetzt — ein Boot nach dem andern glitt an ihnen vorüber und keins von allen trug den so heiß Erwarteten. (Fortf. folgt.)

Kleines Fenilleton.

Ein Meerungeheuer (Carcharodon carcharias L.). Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“: Vor einigen Monaten berichteten italienische Zeitungen, daß Fischer in den südlischen Gewässern zwischen Messina und Catania einen Meerengel (Engelsdai) gefangen und in seinem Bauche die Reste dreier Menschen gefunden hätten. Damals hielten viele diese Nachricht für eine Ente, jetzt aber haben zwei Professoren der Universität Catania einen Bericht über den Fall ausgearbeitet und ihn der italienischen zoologischen Gesellschaft eingereicht. Die Einzelheiten des Falles sind so interessant, daß sie weit über den engen wissenschaftlichen Kreis hinaus Beachtung finden werden. Wenige Wochen, nachdem die Meerenge von Messina der Schauplatz des großen Erdbebens gewesen war, ritten am 26. Januar sieben Fischer aus Catania beim Kap Santa Croce einen großen Delphin von etwa einem Zentner Gewicht. Während sie ihn noch im Wasser hielten, erhob sich plötzlich aus der Flut hohe Wasserjähren und es erschien ein großes Ungeheuer, das dem armen Delphin zuerst den Schwanz abriß und ihn dann ganz verpeiste. Als die Fischer sich von ihrem ersten Schreck erholt hatten, verfolgten sie ihn das Ungeheuer, töten es mit einer Darpune und schleppten es nach Catania in den Hafen. Leider öffneten sie selbst seinen Leib, ohne das Ersehen eines Präparators abzuwarten, und entbedeten voll Entsetzen im Innern menschliche Gliedmaßen neben den Resten eines Hundes und denen eines Hundes. Als die Messineser Flüchtlinge in Catania von dem gräßlichen Fund hörten, begaben sie sich eilends an den Strand, um möglicherweise herauszufinden, wem die traurigen Reste gehörten. Aber sie konnten nichts feststellen. Dann machte sich der Direktor des Instituts für gerichtliche Medizin in Catania, Prof. G. Perrando, an die Arbeit. Er fand, daß die Reste drei verschiedenen Personen angehörten, einem Manne, einer Frau und einem Kinde. Der Mann mußte etwa fünfzig Jahre alt gewesen sein und nach seinen groben benagelten Stiefeln und seinen gewöhnlichen

Tür und Angel noch einen kleinen Extraprofit einheimfen. Nebenbei diente ihnen die Beratung, um inzwischen mit den wieder einmal nach Berlin gekommenen Finanzministern zu verhandeln. (Sehr gut! links.) Als dann die Beratungen mit diesen, sei es definitiv, sei es vorläufig beendet waren, kam man auch gleich mit dem Schlußantrag. (Sehr wahr! links.) Wir wissen, daß Herr Sped von Anfang an gegen die Differenzierung der Gerste Sturm gelaufen hat. (Sehr wahr! links.) Die Differenzierung hatte bewirkt, daß allein die Gerste von allen Getreidearten noch zu leidlich billigen Preisen verkauft wird. Zweck der Hebung dieses neuen agrarischen Gesetzes ist nun, auch die Gerste zu verteuern. Darum eben stellen wir unseren Antrag, der einen gewissen Erfolg schaffen soll. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, und wird von der einen Seite am Zolltarif gerüttelt, so kann es auch von unserer Seite geschehen. Die Aufhebung der Einfuhrsperre würde wenigstens eine kleine Erleichterung bringen, eine Suspension der Getreidezölle wäre natürlich besser. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Heim (Ztr.) polemisiert gegen die Ausführungen Stollés und Südekums.

Die Abgg. Wassermann (natl.) und Carstens (Zr. Sp.) erklären, daß ihre Fraktionen in Erwartung der Denkschrift der Regierung über die Wirkung der Einfuhrsperre den sozialdemokratischen Antrag ablehnen. Derselbe wird aus dem Hause gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. § 5 und der Rest des Gesetzes angenommen.

Die Elektrizitäts- und Gassteuer wird debattelos abgelehnt. Es folgt die Beratung des Anzeigensteuergesetzes.

Abg. Dieß (Soz.): Ich kann nur bitten, das von der Kommission bereits abgelehnte, kulturwidrige und zwecklose Gesetz abzulehnen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Kretsch (konf.) meint dem Gesetze eine Träne nach.

Abg. Wiemer (Zr. Sp.) spricht sich im Sinne der Ausführungen des Abg. Dieß aus.

Der Gesetzentwurf wird in allen seinen Teilen abgelehnt. (Bravo! links.) Nächster Gegenstand ist die zweite Lesung des Reichsstempelgesetzes.

Abg. Graf Westarp (konf.) beantragt Ablehnung dieses Punktes, mit Rücksicht auf schwebende Verhandlungen. (Abf. links.)

Abg. Singer (Soz.): Wenn die Aussicht von Profiten für Agrarier winkt, kommt es den Herren, die sonst gar nicht schnell genug fertig werden können, auf ein paar Tage gar nicht an. Diese Art von Steuermaximierung kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden. (Leb. Beifall links. Unruhe rechts.) Diese Art der Geschäftsverhandlung hat nicht einmal der Zolltarifblock gewagt. Der Reichstag ist nicht mehr eine parlamentarische Körperschaft, sondern eine Abstimmungsmaschine, deren Räder fortgesetzt geschmiert werden. (Leb. Zustimmung links. Stölkarm rechts.) Dann sollte die Mehrheit lieber ein paar Tage überhaupt die Sitzung aussetzen und dann mit den fertigen Kompromissen in der Tasche wiederkommen. (Leb. Zustimmung links. Unruhe b. Schnapsblock.) Im Volke hat man diese Rogtäuscherei satt. (Wütender Lärm rechts, leb. Zustimmung links. Präsident Graf Stolberg bezeichnet den Ausdruck Rogtäuscherei als unparlamentarisch.) Das Verhalten der Mehrheit drückt den Reichstag zu einer Schacherbube herab. (Andauernder Lärm bei der Mehrheit, leb. Zustimmung links u. auf den Tribünen. Präsident Graf Stolberg ruft unter Heiterkeit der Soz. und Beifall der Rechten den Redner zur Ordnung.)

Der Antrag Westarp auf Ablehnung wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Abg. Singer (Soz.): Um den Herren noch mehr Zeit für ihre Handelsgeschäfte zu geben, beantrage ich jetzt Vertagung des Hauses. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einigen Stimmen der Freisinnigen abgelehnt. Es folgt die Beratung des Zündholzgesetzes.

Abg. Ojann (natl.) erhebt die Mehrheit wenigstens um Annahme der Anträge seiner Fraktion, die im übrigen getreu ihrem Standpunkt das Gesetz ablehnen werden.

Abg. Varenhorst (Sp.) feiert das Gesetz unter großer Heiterkeit der Linken als ein Fürsorgegesetz gegen den verheerenden Gebrauch von Zündhölzern.

Abg. Mommsen (Zr. Sp.) bezeichnet das Gesetz als das beste Agitationsmittel der Sozialdemokratie und verlangt von der Regierung Aufklärung über ihre Stellung zu demselben. (Bravo! links.)

Ministerialdirektor Kühn gibt seiner Auffassung Ausdruck, daß die Regierung das Gesetz in der Kommissionsfassung annehmen wird, und steht in ihm, unter dem Hochgeschrei der Linken, ein Abwehrmittel gegen Brandstiftung. (Rufe links: Unglaublich!)

Abg. Schwarz-Lübeck: Selbstredend lehnen wir diese im höchsten Grade volksfeindliche Vorlage, die die Streichhölzer mit 150 Prozent ihres Wertes besteuert (Hört, hört! b. d. Soz.), die der Trübsandbildung Vorschub leistet und die in der allerersten

baumwollenen Strümpfen dem Volke angeführt haben. Ein Stück des Leibes, das die Frau getragen hatte, ließ darauf schließen, daß auch sie aus der breiten Masse des Volkes stammte, und das Kind mußte nach seinem Skelett fünf bis sechs Jahre alt gewesen sein. Niemals wird man erfahren, ob die drei Opfer einer Familie angehört haben.

Wie wurden die drei Unglücklichen verklungen? Prof. Perrando schließt aus dem Befund der Eingeweide, daß die armen Opfer am Morgen des Erdbebens vom 28. Dezember ihr Ende fanden und wahrscheinlich lebend verpeist wurden. Ihre Eingeweide waren nämlich noch nicht in Verwesung übergegangen, Leber und Milz waren unverändert erhalten; allem Anschein nach hat eine Welle sie ins Meer gerissen und das Ungeheuer sie sogleich ergriffen.

Prof. Condorelli hat festgestellt, daß das Ungeheuer ein „Carcharodon carcharias L.“ ist, d. h. einer großen Haiart angehört, die sich im südlischen Meer ziemlich selten findet, aber gelegentlich in der Straße von Messina ein Fischerboot angreift. In den Wäusen finden sich wenige Exemplare dieses Fisches. Er ist sehr kräftig und lüch, kämpft stets mit dem Hunger und weist darum keinerlei Speise zurück. In seinem riesigen Magen finden sich die verschiedensten Körper und Gegenstände: Knochen, Hunde, Rumpen, Holstücke, Kaffeemühlen, Bienen und leider auch menschliche Glieder. Die Seelen und Reizen. Die im Mittelmeer über Bord fallen, werden meistens seine Opfer. Prof. Condorelli erinnert daran, daß Scharen von Haien die in der Schlacht bei Abukir kämpfenden Flotten umschwärmten und auf ihre Beute lauerten. Die Franzosen brauchen auch ihre Sträflinge auf den Geheiß der Inseln nicht überwachen zu lassen, da sie die Opfer der Haien würden, sobald sie es unternehmen, den schmalen Meeressarm zum Festland hinüber zu durchschwimmen.

Es ist bemerkenswert, wie langsam der Magen eines solchen Ungeheuers verdaut: einen Monat nach der Aufnahme widerstanden die menschlichen Glieder noch der Auflösung durch die Magenflüssigkeit. Direkt auffallend ist es, wie vollkommen sich die Eingeweide der Opfer erhalten haben, während sie sonst unmittelbar nach dem Tode in Verwesung übergehen. Es scheint übrigens, daß die Haie nicht so sehr aus dem Gefühl des Hungers heraus alles verschlingen, als vielmehr aus Geizgierigkeit und der Lust, ihren Leib voll zu haben. Ihre Magen ist eine Vorratskammer, und sie entfernen aus ihr das Ueberflüssige, sobald sie überflüssig ist.

Heimlichste Weise bewirkt, als ob in den hohen, die nicht über (Sehr gut! und Heil unter Herrn Erzbergmen, die mit dem Einfind. (Sturm. Heiter wir uns freuen, daß d macht und damit Wal können diese unerhörten gen und stimmen dah

Abg. Sir (Ztr.) beseitigung.

Abg. Müller-Gen Ausführungen, in lächerliche Art und das Gesetz unter den den suchen.

Abg. Molkenb das so gern in Sozial auf Entscheidung der les werdenden Bündl Warten vergeblich ma Antrag auf Entscheidung antragen gleichzeitig b. d. haffe Zustimmung b. d.

Abg. Erzberger arbeiter am besten d. (Autes Lachen b. d. e. Der Antrag M o Stimmen bei 3 Stim

Stimmurufe b. d. Soz.) gegen 165 Stimmen l und lobann debattelos

Nach Annahme ei sprung mit 185 gegen schäftsordnungsdebatte anderaunt. (Kleinere Answareform.)

Par

Proteste gegen die Reihe von Orten gemel eine Riefenversammlung Zahl der Besucher vier weter Stücken und Sch Tribünen.

Eine von 3500 P Ribelungenlaale im fu nahm am Sonnabend tagabgeordneten Gene gegen die Steuermaxim Auflösung des Reichst Fraktion die Zustimmung spricht.

In Kassel sprach man n vor mehr als d gänge im Reichstage. sprechende Resolution a bor i protestierten an gen, in denen Auslösu

Aus dem Wahlkreis Generalversammlung Wahlfreies fand am 6 von 85 männlichen und 9 Monate umfassende 22 933,76 Mk., eine An der eingetragenen Mit liche.

Zur Erbschaftsteuer genommen, in der die fsteuer gebilligt wird. die Fraktion nur der Dienst erwiesen und zu in den kommenden Wal

Als Reichstagsstand eine Stimme wieder an

Reichstagskandidatu sammlung des 19. Jäch Stollberg tagte, st l in Leipzig als Rand

Neues von dem be eigenartiges C rafterfö Redakteur am „Volksf den. Die Sache wur

rufungsinstanz verhan in Elbingerode fühlte freud“ „verleumderrisch

„Bom Harze braucht“ Ueber diese in Elbingerode einen V

Der weitere Inhalt fache, daß dem Dr. Red die Wirtin vornehmalt tils nar nun der, die Herr Dr. Redthner Landrats in Elbingero das Strafverfahren n öffentlichen Interesse ei dem besten Willen kein der Hilfsbeamte dem „

Die in Nr. 30 ge in Elbingerode habe Seite einen öffentlichen „Muf der Mensch all tiefsend. Der Urheber Heinr. Matthies erscheinenden „Dazbote

Dem Schreiben war daß Herr Dr. Redthner mollen, wenn die Bericht konnte natürlich absolut des Landrats irgendwie Veröffentlichung einer Schöffengericht stellte für

hörde und hielt diese for Der Staatsanwalt bea Gericht entschied, daß G sprechen sei, aber die nicht zu unterlegen ber legitimiert für eine fol

Gegen das Urteil Staatsanwalt meldete fänden eine Bestrafung

profit einheimen.
zwischen mit den
finanzministern zu
Beratungen mit
waren, kam man
ahr! links.) Wir
gen die Differen-
Sehr wahr! links.)
in die Gasse von
Preisen verkauft
tischen Gesehes ist
eben stellen wir
haffen soll. Was
und wird von der
auch von unrec-
hrlicheine würde
eine Suspendio-
bei den Soz.)
die Ausführungen
Carstens (Fr.
rtung, der Denk-
er Einflußreiche
erfelbe wird als
n abgelehnt. § 5
atteleos abgelehnt.
hes.
as von der Kon-
zwecklose Geseh
ne Träne nach.
Sinne der Aus-
Teilen abgelehnt.
weite Lesung des
Abhebung dieses
adlungen. (Ala!
von Profiten für
gar nicht schnell
ge gar nicht an-
genügend geband-
chis.) Diese Art
der Politarische
parlamentarische
ne, deren Mäder
lung links, Hölle-
ein paar Tage
mit den fertigen
Leb. Zusi. links,
ese Kollauderei
links. Präsi-
nd Kollauderei
Mehrheit drückt
dauernder Lärm
von den Tribünen.
terkeit der Soz.
nung.)
gen die Stimmen
noch mehr Zeit
jetzt Vertagung
nen der Sozial-
en abgelehnt.
ese hes.
wenigstens um
übrigen getreu
ek unter großer
gegen den ver-
ese als das
nd verlangt von
g zu demselben.
assung Ausdruck,
ionsfassung an-
ohngeachtet der
e. (Rufe links:
nehmen wir diese
die Streichhölzer
dotti b. d. Soz.),
der allerfaden-
rt haben. Ein
tte, lich darauf
isse des Volkes
steht fünf bis
an erfahren, ob
ungen? Prof.
weide, daß die
n 28. Dezember
eripiert wurden.
Verweigerung über-
erhalten; allem
eriffen und daß
Ungeheuer ein
großen Gaisisch-
elten findet,
ein Fischerboot
emulare dieses
stets mit dem
id. In seinem
körper und
Kaffeemühlen,
e Seelen und
werden
ert daran, daß
abusur lampen-
laurierten. Die
n Gesundheits-
er der Gaisische
len Meeresarm
en eines solchen
aufnahme wider-
auflösung durch
wie voll-
haben, während
aus dem Ge-
vielmehr aus
n haben. Ihr
en aus ihr das

heimtägsten Weise begründet wird, rundweg ab. Es scheint wirklich, als ob in der Kommission recht junge Leute gelesse haben, die nicht über ihre Nasenbrille berausgehen können. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Dabei hat die Kommission unter Herrn Erzbergers Vorantritt Berechnungen vorgenommen, die mit dem Einmaleins nicht recht in Einklang zu bringen sind. (Stürm. Heiterkeit.) Wenn wir boshaft wären, würden wir uns freuen, daß die Mehrheit ein so ungeheuerliches Geseh macht und damit Wasser auf unsere Mühlen liefert. Aber wir können diese unerhörte Belastung der Allräumsten nicht billigen und stimmen daher gegen das Geseh.

Abg. E. r. (Ztr.) wünscht Differenzierung der Streichhölzer-Steuer.

Abg. Müller-Meinungen (Fr. Rp.) kennzeichnet in wichtigen Ausführungen, unter schallender Heiterkeit der Linken, die lächerliche Art und Weise, mit der Regierung und Schnapsbrot das Geseh unter dem Hinweis auf Brandstiftungen zu begründen suchen.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Wir haben erwartet, ob nicht das so gern in Sozialpolitik machende Zentrum einen Antrag auf Entschädigung der durch diese unerhörte Gesehgebung betroffenen Hündholzarbeiter einbringen werde. Da unser Vortag vergeblich war (Hört, hört! b. d. Soz.), haben wir einen Antrag auf Entschädigung dieser Arbeiter eingebracht und beantragen gleichzeitig namentlich Abstimmung darüber. (Lebhaft Zustimmung b. d. Soz.)

Abg. Erzberger (Ztr.): Wir glauben für die Phosphorarbeiter am besten durch Produktionsbeschränkung zu sorgen. (Lautes Lachen b. d. Soz.)

Der Antrag Mollenhuth wird mit 194 gegen 143 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. (Laute Zustimmung b. d. Soz.) Sodann wird § 1 des Gesehes mit 179 gegen 165 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen, und sodann debattiert der Rest des Gesehes.

Nach Annahme eines Verordnungsantrages durch Hammesprung mit 185 gegen 153 Stimmen wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte die nächste Sitzung auf Mittwoch 12 Uhr anberaumt. (Kleinere Vorlagen und Fortsetzung der Beratung morgen.)

Parteinachrichten.

Proteste gegen die Steuerwirtschaft werden aus einer ganzen Reihe von Orten gemeldet, so aus Breslau, wo am Sonntag eine Massenversammlung unter freiem Himmel stattfand; die Zahl der Besucher wird auf 5000 geschätzt. Reichstagsabgeordneter Stücken und Schütz-Breslau sprachen gleichzeitig von zwei Tribünen.

Eine von 3500 Personen besuchte Volksversammlung im Nibelungenlaale im städtischen Hofgarten in Mannheim nahm am Sonntagsabend nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Frank eine Resolution an, die gegen die Steuerwirtschaft des Schnapsbrot protestiert, die Auflösung des Reichstags fordert und der sozialdemokratischen Fraktion die Zustimmung zu ihrer Haltung im Parlamente ausspricht.

In Kassel sprach am Sonntag Abgeordneter Scheidemann vor mehr als dreitausend Personen über die letzten Vorgänge im Reichstage. Die Versammlung nahm eine entsprechende Resolution an. Im Stadt- und Landkreis Düsseldorf protestierten am Sonntag fünf überfüllte Versammlungen, in denen Auflösung des Reichstags verlangt wird.

Aus dem Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins des Wahlkreises fand am Sonntag in Bochum unter Anwesenheit von 85 männlichen und 11 weiblichen Delegierten statt. Das 9 Monate umfassende Geschäftsjahr weist eine Einnahme von 22 933,76 Mk., eine Ausgabe von 18 134,41 Mk. auf. Die Zahl der eingetragenen Mitglieder beträgt 5790, darunter 1382 weibliche.

Zur Erbschaftsteuer wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Zustimmung der Fraktion zur Erbschaftsteuer gebilligt wird. Durch die Ablehnung der Vorlage hätte die Fraktion nur der konservativ-heraldischen Reaktion einen Dienst erwiesen und zugleich eine Waffe preisgegeben, die uns in den kommenden Wahlkämpfen gute Dienste leisten wird.

Als Reichstagskandidat wurde Genosse Hne mit allen gegen eine Stimme wieder aufgestellt.

Reichstagskandidatur. Eine sehr stark besuchte Parteiversammlung des 19. sächsischen Wahlkreises, die am Sonntag in Stolberg tagte, stellte einstimmig den Genossen Schöpslin-Leipzig als Kandidaten auf.

Neues vom berüchtigten § 11 des Preßgesetzes. Ein eigenartiges Verfahren ist gegen den Gen. Brenner, Redakteur am „Volksfreund“ in Braunschweig eingeleitet worden. Die Sache wurde jetzt vor der Strafkammer als Berufungssache verhandelt. Ein Herr Dr. med. Jechner in Elbingerode äußerte sich durch folgende Worte im „Volksfreund“, verleumdend beleidigt:

„Dem Harze. Muß der Mensch alles haben, was er braucht? Ueber dieses Thema wollte Herr Dr. med. Jechner in Elbingerode einen Vortrag halten. Der Saalbesitzer . . .“

Der weitere Inhalt des Artikels behandelt lediglich die Tatsache, daß dem Dr. Jechner der Saal für diesen Vortrag durch die Wirin vorenthalten worden war, und der Zweck des Artikels war nun der, diese Saalentscheidung zu kritisieren.

Herr Dr. Jechner ersuchte daraufhin den Hilfsbeamten des Landrats in Elbingerode, gegen den „Volksfreund“-Redakteur das Strafverfahren wegen verleumdender Beleidigung im öffentlichen Interesse einzuleiten. Da aber in dem Artikel mit dem besten Willen keine Beleidigung zu finden war, so sandte der Hilfsbeamte dem „Volksfreund“ die folgende Verurteilung: „Die in Nr. 30 gebrachte Mitteilung, Herr Dr. Jechner in Elbingerode habe auf Anregung von sozialdemokratischer Seite einen öffentlichen Vortrag über das Thema halten wollen: „Muß der Mensch alles haben, was er braucht?“ ist unzutreffend. Der Urheber dieser Mitteilung, der Drechslermeister Heint. Matthies in Elbingerode, hat sie in dem dort erscheinenden „Harzboten“ öffentlich widerrufen.“

Dem Schreiben war noch die drohende Bemerkung angefügt, daß Herr Dr. Jechner von weiteren Schritten Abstand nehmen wolle, wenn die Verurteilung erschienen sei. Der „Volksfreund“ konnte natürlich absolut nicht anerkennen, daß der Hilfsbeamte des Landrats irgendwie berechtigt sei, in dieser Angelegenheit die Veröffentlichung einer Verurteilung zu verlangen. Das Schöffengericht stellte sich indessen auf den Standpunkt der Behörde und hielt diese sonderbare Verurteilung für gerechtfertigt. Der Staatsanwalt beantragte sogar 100 Mk. Strafe. Das Gericht entschied, daß Genosse Brenner zwar von Strafe freisprechen sei, aber die Verurteilung anzunehmen habe, weil er nicht zu unterlassen berechtigt sei, ob der Gehilfe des Landrats legitimiert für eine solche Verurteilung gewesen wäre.

Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt; auch der Staatsanwalt meldete Berufung an, weil er unter allen Umständen eine Verurteilung herbeiführen wollte. Das Landgericht

verwarf jetzt beide Berufungen, indem es sich auf den Standpunkt des Schöffengerichts stellte: Der Redakteur einer Zeitung sei nicht berechtigt, nachzuprüfen, ob eine Behörde zur Abdrucksforderung einer Verurteilung für dritte Personen berechtigt sei.

Von dem Angeklagten wurde neben dem prinzipiellen Einwande, daß der Landratsgehilfe als öffentliche Behörde für den Dr. Jechner nicht berechtigt könne, außerdem eingewendet, daß die Verurteilung nicht dem Preßgesetz entspreche, weil der Satz von dem Drechslermeister Matthies mit der Verurteilung Jechners selbst nichts zu tun habe. Das Gericht entschied jedoch, daß es dem Redakteur auch nicht zustehe, zu prüfen, ob eine von der Behörde geforderte Verurteilung objektiv richtig sei.

Der Redakteur habe ja das Recht gehabt, eventuell seine gegenteilige Meinung ebenfalls zu veröffentlichen. — Wir halten das Urteil, über das das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, für unhaltbar. Die Presse wäre geradezu vogelfrei, wenn das Rechtens sein sollte, was das Braunschweiger Gericht entschieden hat.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Steinholzleger von Leipzig haben am Montag die Arbeit eingestellt, nachdem die Unternehmer den Abschluß eines neuen Tarifes erst verzögert und dann abgelehnt haben. Der alte Tarif ist am 1. Juli abgelaufen; für den neuen werden 70 Pfg. Stundenlohn, 2,50 Mk. Auslösung bei auswärtigen Arbeiten und die schon bestehende 9tündige Arbeitszeit auch ferner festzulegen gefordert. Bezug ist zu vermeiden.

In Bielefeld haben die Torgamentwerke Leipzig im Franziskus-Hospital die Steinholzhölzer zu verlegen. Wir ersuchen, alle dort beschäftigten Bauarbeiter zu kontrollieren, ob etwa Arbeitswillige die Arbeit fertigstellen.

Zum Ausstande der städtischen Arbeiter in Kiel. Troßdem die Arbeitswilligen die Revolier abgegeben haben wollen, finden noch täglich Revolierschreierei statt. Sonnabend morgen wurden im Stadtteil Kiel bei der Gasanstalt Arbeitswillige von Streikenden agerodet und auf ihr unsolidarisches Verhalten aufmerksam gemacht. Die Arbeitswilligen schossen sofort mit den Revolieren, wobei einer der Streikenden in den Rücken getroffen wurde. Sonnabend abend gegen 9 Uhr schossen die Arbeitswilligen bei der Poudretteanstalt mit Revolieren. Es kam natürlich wieder zu einem Anlaufe und zu einer Schlägerei, wobei mehrere unbeteiligte Personen verletzt wurden. Ein Streikender, der gerade von seinem Pachtgarten kam, wurde verhaftet und auf die Polizeiwache im Straßenreinigungsbepot geführt, wo er von den heranbrängenden Arbeitswilligen aufs schärfste beschimpft und von ihnen sogar mit einer Flasche geschlagen wurde, so daß er umfiel, ohne daß die anwesenden Schutzleute gegen die Attentäter vorgingen. Sonntag mittag sind im Streikbureau unter einem großen Aufgebot von Kriminalbeamten die Listen, die die Streikleitung über die Streikposten führt, polizeilich beschlagnahmt worden. — Um die Arbeitswilligen noch länger behalten zu können, will der Streikbrechervermittler eine Kolonne aus Essen zu eventuellen Diensten für München in Bereitschaft halten.

Daß der Wochenchronist der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ die „Brandstiftung“ der Kieler Arbeiter mit seiner philosophischen Tinte begießen würde, verstand sich am Rande. Jeder, der von der Schauerwärde der Brandstiftung hörte, mußte sich verwundert fragen, was es denn wohl für einen Zweck haben sollte, wenn die Streikenden einen alten, außerhalb der Stadt gelegenen Düngrschuppen in Brand steckten. Der moderne Drogenes mit dem weniger klassischen Namen Kuh hat's entdeckt. Der dem Kaiser alljährlich dargebrachte ehrwürdige Grupp in Gestalt einer Illumination sollte heuer durch eine eigenartige Beleuchtung dieser Beleuchtungseffekte, eben durch Abbrennen dieses Mistschuppens, erhöht werden. Wir glauben, daß sich die Streikenden auch gegen eine solche ihnen unterstellte patriotische Handlung verhalten würden. Bei der Philosphiererei kommt es Herrn Kuh auch sonst auf eine Hand voll Veten nicht an. Aus dem einen Schuppen macht er:

Ganze Schuppen wurden mit Petroleum begossen und in Brand gesteckt, und eine gewaltige Lohse konnte dem Herrscher Deutschlands verdanken, daß er sich im Banntkreis einer Stadt befindet, die in Theorie und Praxis seit langem einen heftigen Kampf gegen sozialistische und demokratische Strömungen auszufechten hat.

Eräter redet er noch davon, daß die Streikmule von Brandstiftung, Mord und Totschlag begleitet sind. — Krimpern gehört zum Handwerk und somit Schwindeln zum ehrlichen Gewerbe der bürgerlichen Preßkafoten.

It's in diesem Falle auch ein bißchen zu stark aufgetragen, so verhält's doch die Wirkung nicht: die Leser der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ verlernen das Gruseln vor den streifenden Arbeitern und der Hydra der Revolution nicht. Nicht alle Leser aber dürfen diese Halluzinationen mit ernsthaftem Gesichte lesen.

Die Beschlagnahme der Streikpostenliste in Kiel wird in Kieler bürgerlichen Blättern, die von der Kieler Polizeibehörde inspiriert werden, sehr eigenartig begründet. Es sollen mit Hilfe dieser Listen, die die Namen der zur Anstellung von Unruhen und Belästigungen der Arbeitswilligen abkommandierten Personen enthalten sollen, die Anführer und Ausfühler der auf die Arbeitswilligen verübten Ausfälle festgestellt werden. Daß die Polizei bei dem gegenwärtigen großen Polizeiaufgebot in Kiel die Urheber der Krawalle nicht feststellen kann, spricht entweder für ihre Unfähigkeit, oder, was wahrscheinlicher ist und wofür die Tatsachen sprechen, daß die Urheber der Krawalle im Lager der Arbeitswilligen zu suchen sind, denen die Polizei nicht an den Kragen will. In Wirklichkeit handelt es sich bei der Beschlagnahme der Listen um einen geschickten Eingriff in das durch Reichsgericht anerkannte Recht des Streikpostenstehens.

Ein mustergeräthiger katholischer Gewerkschaftsführer. In Oberschlesien sollten vom 7. Juli ab sämtliche Maurer und Zimmerer ausgesperrt werden. Der Führer der katholischen Facharbeiter, Reichstagsabgeordneter Dr. Fleischer, hat sich mit dem Unternehmerverband in Verbindung gesetzt und erklärt, daß die katholischen Facharbeiter arbeiten dürfen, während die freigeorganierten und die christlichen Maurer ausgesperrt werden. Die katholischen Facharbeiter dürfen sonach Arbeitswilligendienste leisten.

Aus dem Hamburger Aussperrungsgebiet. Die Abgeordneten des Baugewerkeverbandes, die auf der Suche nach Arbeitswilligen unterwegs sind, haben allem Anscheine nach bisher nicht viel Glück gehabt. Die Zahl der Aussperrten geht täglich mehr zurück. Von Maurern meldeten sich nur noch 2451 zur Kontrolle (gegen 3095 am 8. Juni), abzüglich 318 Betonarbeitern verblieben also 2133 auswärtige Maurer. Abgereist sind 1304 Maurer. In Arbeit stehen 1885 Maurer, teils zu den alten, teils zu den neuen Bedingungen. Die Mitglieder der Freien Vereinigung der Maurer Hamburgs sind diesfack wieder in Gnaden aufgenommen. Auch die Zahl der auswärtigen

gen Zimmerer verringert sich von Tag zu Tag, da die unberheirateten Zimmerer ohne viel Mühe lohnende Arbeitsgelegenheit nach auswärts erhalten konnten.

In Harburg versuchen die Unternehmer, der Aussperrung einen größeren Umfang zu geben, was zum Teil auch mit Hilfe kleinerer Firmen geglückt ist. Die Mitglieder des christlichen Verbandes und des Bochumer Verbandes (Boles) verbleiben in Arbeit. In Wilhelmshurg haben die entlassenen Lehrlinge die Aufforderung erhalten, sich wieder zur Arbeit einzufinden. In den letzten Tagen sind von den Streikposten mehrere Arbeiter angetroffen worden, die Empfehlungen von arbeitswilligen Arbeitsnachweisen an den Baugewerkeverband bei sich führten. Die Leitung des Baugewerkeverbandes scheint allmählich von ihrem Prinzip, „eine totale Aussperrung“ durchzuführen, abgekommen zu sein; die Spitze ihrer Maßnahmen richtet sich nur noch gegen die Zentralorganisationen.

In Appenrade haben die Streikenden alle in der Umgebung Arbeit gefunden; nur von den Bauhofsarbeitern waren am 3. Juli noch 27 Mann außer Arbeit. In der letzten Woche ist es dem Arbeitgeberverband durch Vermittlung des Arbeitsnachweises in Berlin gelungen, von dort 16 Streikbrecher nach Appenrade zu bekommen. Der Einzug dieser Streikbrecherkolonne hat in Appenrade großes Aufsehen erregt. Es hielt für die Arbeitgeber schwer, für ihre Schützlinge Logis zu bekommen, haben doch die meisten Logisgeber, als sie hörten, wen sie beherbergen sollten, ihre Quartiere nicht zur Verfügung gestellt.

Der Kolonnenführer wollte vom Streikkomitee für jeden Streikbrecher 50 Mk. haben, wenn diese Appenrade wieder verlassen sollten. Die Streikleitung lehnte dieses Ansuchen ab.

In Buxtehude wurden auf Beschluß des Arbeitgeberverbandes sämtliche Maurer ausgesperrt, weil die Maurer beim Kirchenbau in Appensee wegen nichtbevollzogener Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt haben.

Der Verband der Outmacher hatte bei einer Zunahme von 313 Mitgliedern im Jahre 1908 ein günstigeres Ergebnis im organisatorischen Fortschritt zu verzeichnen, als im Vorjahre, das einen Zuwachs von nur 87 Mitgliedern brachte. Den Hauptanteil an dieser Mitgliederzahl haben die weiblichen Mitglieder mit 271, die überhaupt mit ihren 2371 Mitgliedern ein großes Kontingent der Gesamtmitgliedszahl im Verbands stellen, die am Jahresabschluß 7206 betrug. Die Krise hat auch diesem Verbande die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erschwert; weitere Kreise umfassende Lohnbewegungen konnten nicht unternommen werden, die Bewegungen haben nur einem kleinen Teile der Mitglieder Erfolg gebracht. Durch die Lohnbewegungen wurde für 402 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von 1543 Stunden und für 308 Beteiligte eine Lohn-erhöhung von 747 Mk. pro Woche erreicht, ferner für 626 Personen sonstige kleine Arbeitsvergünstigungen; abgewehrt wurde eine Verkürzung des Verdienstes für 42 Personen um 175 Mk. pro Woche und für 16 Beteiligte sonstiges. Für Streikende wurden 4082 Mk. für Gemeindegelde 2094 Mk. verausgabt. Von den Gesamteinnahmen des Verbandes und seiner Unterfütungsstellen sind 75 Prozent den Mitgliedern in Form von Unterfütungen wieder zugeflossen. Einer Einnahme von 127 000 Mark steht eine Ausgabe von 124 000 Mk. gegenüber. Der Vermögensbestand des Verbandes betrug bei einer Zunahme von rund 3000 Mk. insgesamt 172 300 Mk. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterfütung stieg von 52 000 Mk. im Jahre 1907 auf 73 200 Mk. im Berichtsjahre. Die Invalidenliste, die 61 invalide Berufsgenossen zu unterstützen hat, darunter einen schon seit 1866, vereinnahmte aus Beiträgen 7050 Mk. und verausgabte an Unterfütungen 9462 Mark. Zu den Einnahmen kommen noch 1410 Mk. Zinsen und 1000 Mk. aus der Zentral-lasse, so daß Einnahmen und Ausgaben sich die Wage halten und der 43 500 Mk. betragende Kassenbestand der gleiche ist wie im Vorjahre. Die Krankenzuschußkasse hatte bei 33 700 Mark Nettoeinnahmen 32 600 Mk. Ausgaben und einen Bestand von 27 600 Mark. Die Frauensterbekasse hatte bei 4305 Mk. Einnahmen 1329 Mk. Ausgaben und einen Kassenbestand von 33 753 Mark. Der Vorstand appelliert zum Schluß seines Berichtes an die Mitglieder, eine rege Agitation für den Verband zu entfalten, den die wirtschaftlichen Aufschwung, der anscheinend jetzt im Gewerbe eintritt, zur Verbesserung und Regelung der Arbeitsbedingungen auszunutzen zu können.

Vereins-Kalender.

Mittwoch.

- Arbeiter-Sängerverein Bielefeld 8½ Uhr bei Schneider, Kampstraße.
- Gesangverein „Liederblüte“ 9 Uhr bei Sagemann, Heeperstraße.
- Sängerbain 9 Uhr bei Riedert, Ohlentrupperweg.
- Freie Turnererschaft Bielefeld, Abt. „Vorwärts“ 8½ Uhr bei Trendelen, Heeperstraße. (Damen-Abteilung.)
- Arbeiter-Turnverein „Westfalia“ 8½ Uhr bei Holz, Restaurant zum Siegfried: Männer-Niege.
- Radfahrerklub „Vorwärts“ 9 Uhr bei Imkamp, Engersdöfstr. 1.
- Radfahrerklub „Dornberg“ 8 Uhr bei Indelfeld, Bürgerweg.
- Radfahrerklub „Ruhig voran“ bei Apenbrinck, Herforderstr. 242.
- Freie Radfahrer-Vereinigung, Abteilung 5, 9 Uhr bei Apenbrinck.
- Guttemplerorden. Loge Ravensberg. 8½ Uhr. Gr. Kurfürstenstraße 51.
- Guttemplerloge „Frei und beständig“ 8½ Uhr bei Biermann, Bürgerweg 16.
- Stattall „Gut Glück“ 9 Uhr bei Schneider, Kampstraße.
- Sieker. Radfahrer-Verein „Corona“ 9 Uhr bei Wöhrer.
- Schbrat. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf“ (Miersbrige) 9 Uhr bei Wirt Jöhrmann.
- Brackwede. Arbeiter-Radfahrerklub „Freiheit“ 8½ Uhr bei Karl Schröder.
- Schilbesche. Kegellub „Freie Bahn“ 9 Uhr bei Krämer.
- „Egnetaler“, 8½ Uhr bei G. Hartmann, Schillerstr. 75.
- Schilbesche. Arbeiter-Turnverein „Deutsche Eiche“ 8 Uhr bei Lechterbeck.
- Schilbesche. Männergesangverein „Concordia“ 9 Uhr bei W. Böte, Bielefelderstraße.
- Werther. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf“ 9 Uhr.
- Derlinghausen. Arbeiter-Turnverein „Einigkeit“ 9 Uhr bei G. Lüding.
- Serford. Arbeitergesangverein „Eintracht“ 9 Uhr bei Winkelmann.
- Deilinghausen. Arbeitergesangverein „Vorwärts“ 8½ Uhr bei Wirt Dabieder.
- Bünde. Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“ 9 Uhr bei Häbel.
- Bünde. Arbeitergesangverein „Eintracht“ 8½ Uhr bei Wirt Timmer.
- Schötmmer. Radfahrerklub „Wanderer“ 8½ Uhr im „Ti-voli“.
- Lage. Radfahrerklub „Schwalbe“ 8½ Uhr bei Steinheil.
- Neume. Arbeiter-Radfahrerklub „Bahn frei“ 8½ Uhr bei Köble.
- Minden. Freier Turnerbund abends 8½ Uhr.
- Lübbecke. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ 9 Uhr bei Baummeister.

Um erneut unsere Leistungsfähigkeit zu beweisen, veranstalten wir

unsere erste

95 Pfennig-Woche

Eine sensationelle Einkaufsgelegenheit, die jedermann beachten sollte.

Beginn: Donnerstag, 8. Juli, nachm. 3 Uhr.

Nähere Angaben morgen an dieser Stelle!

Geringstmoos
Niedernstrasse 34.

3718

Sommertheater.

(Brinkhoffs Tonhalle.)
Heute 8 1/2 Uhr: Zum 3. Male:
Kolossaler Lacherfolg!
Der Kilometerfresser.
Schwank in 3 Akten von Rued Kraatz.
Donnerstag, den 8. Juli.
Anfang 8 1/2 Uhr:
Novität! Zum 1. Male:
Der Tenschel.
1 Spiel in 3 Akten v. Franz Molnar.
Bedeutender Erfolg
am Lessingtheater in Berlin.

Stadt. Orchester.

Donnerstag, den 8. Juli,
abends 8 1/2 Uhr: [3709]
Großes Streich-Konzert
im Garten „Hotel Kaiserhof“.
Vorverkaufsstellen haben hierzu Giltigkeit. An der Kasse 50 Pfennig.
In der Buchhandlung „Volkswacht“
ist zu haben:
Der historische Materialismus
Für Arbeiter erklärt von
Hermann Gorter.
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.



Bekanntmachung.

Polzverkauf.
Es sollen noch ca. 165 Ktn. Eichen- und Kiefern-Reiser III. Klasse, liegend beim Bismarckturm, freihändig verkauft werden. Kaufinteressenten wollen sich an den Stadtförster Obermüller wenden, welcher den Verkauf leitet.
Herford, den 5. Juli.
Der Magistrat.
Büffe.

Kinematographen-Theater zur alten Post

= stets allen voran! =

Programm:
Colombo und Umgebung.
Neu! Pathé frères Neu!
Farbenphotographie.

Wenn der Gatte fort ist.

Sehr amüsant.

Die Pflasterpflanze.

Kunstfilm. Drama.

Das Patenkind

Lugwig XI.
Aus dem Leben gegriffen.

Der Athlet.

Humoristisch.

Zwei Seelente und ein Mädchen.

— Spannendes Drama. —

Gestörte Ruhe.

Grossartiger Lacherfolg.

Änderungen im Programm vorbehalten.

3719

Gratulationskarten

für alle Gelegenheiten
Preis größte Auswahl
Buchhandlung „Volkswacht“.

Zigarren-Import- und Versand-Haus

Carl Schweppe.
Bahnhofstrasse 39 Hotel Vereinshaus
Bürgerweg 43 Ecke Gr. Kurlustenstr.

Grosses Lager in Havanna-Zigarren

sowie in durchaus erstklassigen deutschen Fabrikaten.
Ferner empfehle die so beliebten Spezialmarken der Zigaretten-Fabrik „Jawel“, Dresden

„Kleine Sachsen“ per Stück 2 und 3 Pfg.,
garantiert Handarbeit.
„Bazara“ per Stück 3 1/2 — 10 Pfg.,
nach Cairo-Art. 3095

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Bahnhofstrasse 39 Fernspr. 469. Bürgerweg 43 Ecke Gr. Kurlustenstr.

Scherms Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter.

Preis Mk. 1,50. Porto 10 Pfg.

Vorrätig in der Buchhandlung „Volkswacht“, Schulstr. 20.

Kleine Anzeigen-Ges.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der seltenen Niederschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Wiedereröffnung!

Meiner werthen Kundschaft zur gef. Beachtung, daß mein seit 6 Wochen wegen Neubau geschlossenes Geschäft (Vielefelder Zigarrenhaus) am nächsten Donnerstag, den 8. Juli, wieder eröffnet wird. Eingang von Neuheiten in Sprechmaschinen, Walzen, Platten und Musikwaren aller Art. Hochachtungsvoll Otto Leber, Bahnhofstrasse 40. 3644

Fahrräder.

nur Bestes, hiesiges Fabrikat, sowie ein Posten gebrauchte, auch sämtliche Zubehörteile kaufen Sie am vorteilhaftesten bei Hilbert & Bertram, Zollenbaderstrasse 90. 3706

Lippische Wurst

und Aufschnitt in größter Auswahl zu billigen Preisen. Breitestr. 11, Inhaber L. Unverzagt. 3717

Bekanntmachung.

Das modernste und feinste Geschäft für getragene Sachen sowie Anzüge, Hosen, Damenkleider, Uhren und Ketten ist und bleibt nur bei Wilhelm Meier, Rentestr. 19. 3294

Arbeiter-Sekretariat Bielefeld,

Telephon 1123. Turnerstrasse 45. Telephon 1123.

Sekretär: Albert Schulz.

Das Bureau ist zur Auskunftserteilung von vormittags 11 bis mittags 1 Uhr und von nachmittags 5 1/2 bis abends 7 1/2 Uhr für das Publikum geöffnet. An Sonntagen und Feiertagen ist das Bureau geschlossen.

Gebühren werden für mündliche Auskunft nicht erhoben. Soweit zur Erledigung der Arbeiten Schriftstücke (Klageschriften, Eingaben usw.) erforderlich sind, werden diese nach Möglichkeit vom Sekretariat angefertigt. Die Anfertigung erfolgt unentgeltlich für alle Personen, die den dem Sekretariat angehörenden Vereinigungen angehören, welche das Sekretariat durch Beiträge unterstützen.

Unorganisierte Personen haben für einfache Schriftsätze (ein bis zwei Seiten) 25 Pfennige, für größere 50 Pfennige zu zahlen. Die Anfertigung von Duplikaten wird Urschriftsätze gleich erachtet.

Briefliche Auskunft wird nur nach auswärts erteilt, Anfragen ist Freimarke beizufügen. Porto-Auslagen fallen dem Auftraggeber zur Last.

Zur Inanspruchnahme des Sekretariats sind alle Personen ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts, des Berufs, der Konfession, der Parteistellung und des Wohnorts berechtigt.

Die Aufsichtskommission.

Wer die „Volkswacht“ unterstützt, ist wert, auch rinnen und Lesern der „Volkswacht“ unterstützt zu werden.

Wäsche

jeder Art wäscht und plättet Carl an der Petrisstrasse 310 II. (Bäckerei Wellmann). 3643

Herde,

Defen und Haushaltsgegenstände in großer Auswahl, auch bei Teilzahlungen, empfiehlt E. Bratemeier, Mohrestrasse 72, gegenüber der Schule. 3592

Kartoffeln,

neue, Fund 6 1/2 Pfg., empfiehlt Kronsbein, Bleichstrasse 66. 3686

Wohnungen,

mehrere, zum 1. Oktober zu vermieten. Näh. F. Lohmann, Mellerstr. 23. 3711

Wohnung,

4 schöne Räume mit Stallung zum 1. Oktober zu vermieten. Siedler, Heeperstrasse 361. Nähe Meier zu Sattlage. 3710

Wohnungen,

3 Räume mit Zubehör, abgeschossen, an der Petrisstrasse. Zu erfragen bei August Hellweg, Ecke Feld- und Petrisstr. 3640

Wohnung,

4 Räume, zu vermieten. Heeperstrasse 48. 3679

Wohnungen

zu vermieten. Preis 220—260 M. Näh. Kleinbahnhofstrasse, Herforderstrasse Nr. 108. 3715

Wohnung

4 Räume zum 1. Oktober zu vermieten. Gellershausen, Feldstrasse 128. 3693

Wohnung

4 Räume mit Stallung zum 1. Oktober zu vermieten. Siedler, Heeperstrasse 361. Nähe Meier zu Sattlage. 3710

Deutschen Volkstheater gegeben wurde. Direkteur „Teufel“. Außerdem und Führ, sowie die

Vielefeld. Trans. 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr, an

Bei der Firma V. sind wegen Nichtanwesenheit der Arbeiter in den Streik

* Herford, 6. Juli. Sellwig und das Ver. hat der Oberbürgermeister Bruder Max Quent

* Gütersloh, 6. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

* Herford, 6. Juli. Gütersloh befinden sich im Streit. Auf sich schon am ersten Vorgehen des Zimm

Deutsches Volkstheater in Wien, dann am Lessing-Theater in Berlin gegeben wurde. Direktor Hans Freiden spielt die Hauptrolle, den „Teufel“. Außerdem sind beschäftigt die Damen Jurek, Wallincourt und Fähr, sowie die Herren Neumann und Braumann.

Veranstaltungen.

Vielefeld. Transportarbeiterverband. Freitag, 9. Juli, abends 8½ Uhr, in „Stadt Vielefeld“. Berichtserstattung von der Generalversammlung in München. **Mhlen.** Parteigenossen. Donnerstag, 8. Juli, abends 8½ Uhr, an bekannter Stelle.

Achtung, Tabakarbeiter!

Bei der Firma Aug. Kröger, Zigarrenfabrik in Soest, sind wegen Nichtanerkennung des Tarifs sämtliche Zigarrenarbeiter in den Streik getreten. Zugus ist fernzuhalten.

* **Serford, 6. Juli.** Die Druckerei der Firma Quentin & Sellwig und das Verlagsrecht der „Serford Zeitung“ hat der Oberbürgermeister a. D. Quentin erworben und seinem Bruder Mag. Quentin übertragen.

* **Gütersloh, 6. Juli.** Achtung, Zimmerer! In Gütersloh befinden sich seit Montag, 6. Juli, die Zimmerer im Streik. Auf welche Weise die Zimmermeister verfahren, sich schon am ersten Tage des Streiks zu helfen, zeigt das Vorgehen des Zimmermeisters Hölscher. Derselbe zog es vor, sich von der Herberge zugereiste Handwerksburschen, einen Schlosser und einen Bäcker, zum Balkenlegen zu holen. Ein anderer Meister ließ sich einen Schreinerlehrling dabei bleiben notwendige Arbeiten liegen; z. B. fehlen auf drei Bauten in der Stadt die Schupäden, trotzdem arbeiten die Maurer weiter. Besteht denn für die Baupolizei nicht die Pflicht, das Nötige zu veranlassen? Der Streik sieht zurzeit sehr günstig, und wenn der Zugus ferngehalten wird, dürfte bald die Unternehmer die geringen Forderungen bewilligen. Aufgabe sämtlicher Zimmerer ist, Gütersloh bis auf weiteres zu meiden.

* **Wltho, 6. Juli.** Erhängt. Heute früh 6 Uhr verübte der 42 Jahre Zigarrenfabrikant Aug. Nolteniuscher Selbstmord dadurch, daß er sich auf dem Hausboden erhängte. Er war ein fleißiger, solider Arbeiter, der sich erst vor ca. 2 Jahren am Winterberge ein eigenes neues Haus erbaut hatte. Er hinterläßt Frau und 1 Kind. Ueber die Motive zu der Tat verlautet nur unbestimmtes. Hänseleien von Kollegen in der Fabrik sollen ihm den Missetat in der letzten Zeit so verleidet haben, daß er nicht mehr zur Arbeit hat gehen wollen. Er arbeitete bei der Firma Niemann & Tinteln.

* **Wltho, 6. Juli.** Vermist. Der ca. 20 jährige Sohn des Weichenstellers Klaus hat sich gestern früh vom elterlichen Hause, unvollständig bekleidet, entfernt und ist nicht zurückgekehrt. Alles Suchen ist bisher vergeblich gewesen. Von Kl., der vor einem Examen als Beamter hand, vermutet man, daß er den Tod in der Weiser gesucht hat, die dicht bei der elterlichen Wohnung vorbeifließt. Kl. war ein strebsamer junger Mann von zuvorkommendem, lebenswichtigen Wesen.

* **Wltho, 6. Juli.** Wie wir vor kurzem berichteten, war ein Rottenarbeiter auf dem Güterbahnhof hier tot aufgefunden worden, von dem man annahm, daß ein Schlaganfall seinem Leben plötzlich ein Ende gemacht hätte, da Spuren eines gewaltsamen Todes sich an der Leiche nicht fanden. Der Sohn des Verstorbenen veranlaßte aber eine Obduktion. Dabei fanden sich dann schwere innere Verletzungen (Bruch der Wirbelsäule und mehrerer Rippen), über deren Entstehung die eingeleitete Untersuchung hoffentlich bald Aufklärung schaffen wird.

* **Mugendorf, 6. Juli.** Der lippische Kriegerbund, welcher kürzlich hier tagte, nahm auch Stellung zu der Frage, ob freigeordnete Kameraden noch würdig seien, den Kriegervereinen anzugehören. Nach längerer Debatte sprach man sich, der Not gehorchend, im beiderseitigen Sinne aus. Besonders hervorgehoben wurde der Umstand, daß viele lippische Arbeiter in Vielefeld und Serford beschäftigt und somit genötigt seien, diesen Gewerkschaften anzugehören. Gegen obigen Beschluß sprach Oberbürgermeister Witte-Detmold.

* **Detmold, 6. Juli.** In der heutigen Schwurgerichtssitzung wurde gegen die Dienstmagd Karoline Mith in Altona wegen Meineids verhandelt. Die Angeklagte hatte in einem Alimentationsprozeß beschworen, daß sie mit einem andern jungen Manne keinen Verkehr gehabt als nur mit dem Vater ihres Kindes. Diese Aussage stellte sich nun als unwahr heraus. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, worauf das Schwurgericht die Angeklagte zu 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren und Aberkennung der Eigenschaft, jemals wieder zeugeneidlich vor Gericht vernommen zu werden, verurteilte.

* **Minden, 6. Juli.** Gewerkschaftsfest. Am Sonntag, 11. Juli, findet im „Rosental“ unser Gewerkschaftsfest statt. Eröffnet wird das Fest durch einen Festzug durch die Stadt. Die Beteiligung am Festzug wird voraussichtlich eine große werden, ist doch jedem Kollegen die Möglichkeit geboten, wenn er im Besitz einer Eintrittskarte ist, den Zug mitzumachen. Bei der Aufstellung sind noch Karten bei den Zugführern zu haben. Auf dem Festplatz wird viel Gutes und Schönes geboten. Auch für die Kleinen ist gesorgt. Die Kleinen bis zu 10 Jahren erhalten alle ein Geschenk, während für die größeren Wettspiele veranstaltet werden und hierfür schöne Preise ausgesetzt sind. Außerdem werden große Luftballons aufsteigen. Um 9 Uhr beginnt die große Fackelpolonaie; hierzu erhält jedes Kind eine Fackel gratis. Bei eingetretener Dunkelheit wird ein großes Prachtfeuerwerk abgebrannt. Im Saale wird während der Pausen der Arbeiter-Turnverein, als auch der Arbeiter-Sängerbund das Fest durch Aufführungen verschönern helfen. Hoffentlich hat der Wettergott Plinius ein Einsehen und läßt an diesem Tage die Sonne scheinen, damit ein gutes Gelingen des Festes gesichert ist.

Gesundheitliches.

* **Vielefeld, 6. Juli.** Schwurgericht. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Nordbeck. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Assessor der Staatsanwaltschaft Mohr. — Schon gestern begann vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen den Malermeister Heinrich Kambartel von Wltho und dessen Ehefrau Vna, geborene Aldehaus, wegen Meineids in zwei Fällen. Der Ehemann Kambartel, der, wie schon die vielen Vorprozesse gegen ihn ergeben, sich viel mit anderen Leute Rechtsstreitigkeiten befaßt, ist schon wegen Betruges, Urkundenfälschung und fahrlässigen Totschlags verurteilt, während die Ehefrau Kambartel noch nicht verurteilt ist. Beide waren angeklagt, einmal zu Wltho am 11. Februar 1904 vor dem Amtsgericht zu Wltho in der Forderungslage des Maurermeisters Ellersbrock gegen den Zigarrenarbeiter Siekmann zu Bonnberg und ein andermal am 3. August 1904 vor der Strafkammer in Vielefeld in der Strafsache gegen den Maurer Adolf Obermeier, wegen Diebstahls, den vor ihrer Vernehmung geleiteten Zeugenstand mitschuldig durch ein falsches Zeugnis verlegt zu haben. — Der Maurermeister Ellersbrock klagte im Jahre 1904 vor dem Landgericht zu Vielefeld gegen den Zigarrenarbeiter Siekmann wegen einer Vorforderung. Auf Beschluß des hiesigen Landgerichts wurden am 10. Februar 1904 die Eheleute Kambartel in dieser Sache vor dem Amtsgericht in Wltho als Zeugen eidlich vernommen. Es wurde von den Parteien behauptet, daß in der Kambartelschen Wohnung am 18. November 1903 die Sache durch einen beiderseits unterschriebenen Vergleich erledigt worden sei. Die Eheleute Kambartel haben aber

beschworen, daß ein solcher Vergleich in ihrer Wohnung nicht zustande gekommen sei. Dieses soll aber doch der Fall gewesen sein und Kambartel das Schriftstück vernichtet haben. Die Angeklagten bleiben auch heute dabei stehen, daß das, was sie damals beschworen hätten, vollständig der Wahrheit entspräche. — Der zweite Meineid soll von den Eheleuten Kambartel in der Strafsache gegen den Maurer Adolf Obermeier geleistet worden sein. Obermeier war beschuldigt, eine Quantität Holz gestohlen zu haben. Er war auch vom Schöffengericht zu Wltho wegen Diebstahls mit 1 Tag Gefängnis bestraft worden. In der Berufungsinstanz vor der hiesigen Strafkammer beschworen nun die Eheleute Kambartel am 3. August 1904 als Entlastungszeugen, daß Obermeier am 29. Sept. 1904, wo er das Holz gestohlen haben soll, bis des Abends gegen 12 Uhr in der Kambartelschen Wohnung gewesen sei, in dieser Zeit also den Diebstahl nicht habe ausführen können. Obermeier wurde auf Grund dieser Zeugnisse freigesprochen. Die Angeklagten blieben dabei, die Wahrheit beschworen zu haben. Das Verdict der Geschworenen lautete auf „Nichtschuldig“. Die Angeklagten wurden dem Wahrspruch gemäß freigesprochen.

* **Vielefeld, 6. Juli.** Strafkammer. Wegen versuchten schweren Diebstahls und einfachen Diebstahls hatte sich der wiederholt vorbestrafte Schmiedegeselle Gümmann von Duisburg zu verantworten. Der Angeklagte, der eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen hatte, befand sich im Juni d. J. auf Arbeitskommando zu Sperard bei Gütersloh, wo er am 28. Juni d. J. entwich. Da es ihm und dem anderen Aufreißer an den nötigen Kleidern mangelte, stieg Gümmann auf das Dach des Unterfunkthaus, um von hier in den Kleideraufbewahrungsort zu gelangen. Dieses Unternehmen brachte ihnen aber keinen Erfolg. Als G. später aufgegriffen wurde, fand man bei ihm eine alte blaue Jacke und einen alten Hut, den er — wie die Anklage behauptet — in Wiedenbrück gestohlen haben soll. Sein Einwand, daß er diese alten wertlosen Sachen gefunden habe, konnte nicht widerlegt werden, und er wurde in diesem Falle freigesprochen. Wegen des versuchten Einbruchdiebstahls erhielt er 4 Monate Gefängnis.

Hier scheint uns wieder ein Fall vorzuliegen, in welchem unser Justiz- und Strafverfahren sich als vorzüglich geeignet zur Bichtung von Gewohnheitsverbrechen und unrettbaren Zuchthausinsassen erweist.

Der aus der Untersuchungsanstalt vorgeführte und zweimal wegen Betruges vorbestrafte Schlachter Heinrich Gorbmann aus Bochum hat sich am 12. Mai d. J. in den Westfälischen Hof und in die Süßwurstfabrik zu Minden eingelagert, ohne über Geldmittel zu verfügen. Um sich aus der Klemme zu helfen, pumpte er den Hausdiener und den Kellner an, und es gelang ihm auch, den beiden soviel vorzuschwindeln, daß er von dem einen 5 und von dem anderen 20 Mark erhalten hat. Der Gerichtshof erkannte gegen ihn wegen Betruges im wiederholten Rückfalle in 2 Fällen auf 1 Jahr Gefängnis und brachte ihm auf diese Strafe 6 Wochen von der erlittenen Untersuchungsanstalt in Anrechnung.

Der Neubauer Heinrich Meyer zu Drensfeld bei Minden war vom Schöffengericht zu Petershagen wegen Diebstahls zu einem Tage Gefängnis verurteilt worden, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Wie die Beweisaufnahme ergab, hat der Angeklagte seinem Mieter Klagmann von dem gemeinschaftlichen Hausboden nach und nach für etwa 10 Mark Heu gestohlen. Die Strafkammer erkannte auf Verurteilung der Berufung.

Bei den erst seit kurzem verheirateten Eheleuten Zigarrenarbeiter Wilhelm Viding zu Wltho erschien am 21. November v. J. der zuständige Gerichtsvollzieher, um in ihrem jungen Heim aufzuräumen. Als der Beamte eine Nähmaschine mitnehmen wollte, setzte sich das Pärchen zur Wehr und zwang ihn vorerst, von dieser Maßnahme abzuleben. Aber das diente Ende folgte nach. Das Schöffengericht erkannte in dem Treiben der Angeklagten Mordung und verurteilte den Ehemann zu 3 Wochen und die Ehefrau zu 1 Woche Gefängnis. Gegen dieses Urteil hatten beide Berufung eingelegt. Die Strafkammer hielt nicht Mordung, sondern Widerstand gegen die Staatsgewalt für vorliegend und verurteilte den Ehemann abermals zu 3 Wochen Gefängnis. Die Ehefrau kam mit einer Geldstrafe von 20 Mk. eventl. 4 Tagen Gefängnis davon.

* **Geheimrat Hammann freigesprochen.** Der Preßbezernent im Auswärtigen Amt Geheimrat Dr. Hammann ist vom Schwurgericht am Landgericht Berlin I von der Anklage des Meineides freigesprochen worden. Der Oberstaatsanwalt hatte selbst die Verurteilung der Schuldfrage empfohlen.

* **Verurteilte Falschmünzer.** Duisburg, 5. Juli. Das hiesige Schwurgericht verurteilte eine sechsöpfige Falschmünzerbande aus Bruchhausen, die voriges Jahr falsche Zweimarkstücke angefertigt und vertrieben hatte, zu Zuchthausstrafen von 2½ bis 7 Jahren.

Vermischtes.

* **Ein Kahn gesunken.** Düsseldorf, 6. Juli. Ein mit 30000 Zentnern Steinen beladener eisener Frachtkahn stieß mit der Breitseite gegen einen Strompfeiler und ging unter. Die Mannschaft konnte sich retten. Die Schiffahrt ist durch die Lage des Schiffes sehr gefährdet.

* **Nachrichtendienst über die Luftschiffahrt.** Frankfurt a. M., 6. Juli. Die Eisenbahndirektion Frankfurt gibt bekannt, auf welche Weise für die demnächst zu erwartende Fahrt des Zeppelinluftschiffes ein Nachrichtendienst eingerichtet werden soll, damit man dauernd über den jeweiligen Ort und die Fahrtrichtung des Luftschiffes unterrichtet ist. Sobald die Stationen das Luftschiff wahrnehmen, ist nach Berlin, Anhalter Bahnhof, eine Depesche zu richten: „Z. Luftschiff“ passiert; Stunde. Minute. Richtung (nächster größerer Ort).

* **Hingerichtet.** Berlin, 6. Juli. In der Strafanstalt zu Moabit ist heute früh der wegen Mordes zum Tode verurteilte Arbeiter König hingerichtet worden.

* **Selbstmord.** Leipzig, 6. Juli. In einem Abteil I. Klasse des um 1/21 Uhr nachts eintreffenden Schnellzuges Dresden-Leipzig wurde in der vergangenen Nacht der aus Steinbach stammende Rittergutsbesitzer Kluge und seine Frau geb. Hoste erschossen aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor. Was beide in den Tod getrieben hat, ist noch nicht festgestellt.

* **Attentat auf einen Erzbischof.** Breslau, 6. Juli. Als der Prager Kardinal v. Strebenitz, zu dessen Diöcese ein Teil der preussischen Grafschaft Glatz gehört, gestern nach der Firmung in Niederhannsdorf mit den Ehrenjungfrauen durch das Schloß des Kriegervereins zum Pfarrhof schritt, stürzte sich ein Unbekannter auf den Kirchenfürsten, faßte ihn am Rücken und schüttelte ihn heftig, bis man ihn losriß. Die Menge warf den Attentäter in den Straßengraben und verprügelte ihn gehörig. Bei seiner Verhaftung gab er an, aus Prag eigens zur Störung der Kirchenfeier gekommen zu sein. Der Attentäter, anscheinend ein Tscheche, hatte früher in Glatz gearbeitet.

* **Massenfindung von Kerzen.** Breslau, 6. Juli. Wegen andauernden Mißbilligkeiten mit dem vor etwa 5 Jahren als Oberinspektor angestellten früheren Militärärztes Dr. Müller reichten der „Bresl. Ztg.“ zufolge sämtliche Sekundär- und Assistenzärzte des großen städtischen Allerheiligenhospitals bis auf zwei ihre Kündigung ein, nachdem ein Ausgleichsvertrag des Oberbürgermeisters erfolglos war.

* **Falschmünzer.** Budapest, 6. Juli. In Felsolabod wurde der Landwirt Szjad nebst seinen zwei Söhnen und deren Frauen wegen Anfertigung falscher 5 Kronenstücke verhaftet.

* **Dochsenexplosion.** Troppau, 6. Juli. In den Witkowißer Eisenwerken fand eine Dochsenexplosion statt. Drei Personen wurden schwer, zehn leichter verletzt, der Dochsen völlig zertrümmert.

* **Abgeschätzt.** Bern, 6. Juli. Im Neuenburger Jura stürzten am Montag zwei junge Mädchen aus einem Dachstuhlfenster über eine hohe Felswand ab. Die eine starb alsbald infolge eines Schädelbruchs, während die andere mit leichten Verletzungen davon kam.

* **Die Opfer einer patriotischen Feier.** London, 6. Juli. Der Unabhängigkeitstag in Amerika ist mit einem Opfer von 500 Verwundeten und 60 Toten gefeiert worden. Unter den Verwundeten befindet sich Mr. Longham, ein Onkel des verstorbenen Vizepräsidenten von Sternburg. Longham lies eine zu früh abgebrannte Rakete an den Kopf und erzeugte eine Gehirnerschütterung. In New York wurde der Reize des Vizepräsidenten Sherman schwer verwundet.

* **Opfer des Stierkampfes.** San Sebastian, 6. Juli. Seit dem Beginn der Saison wurden 111 Stierkämpfer verwundet und 5 getötet. Die Regierung beabsichtigt, ein strenges Reglement einzuführen. Am nächsten Sonntag findet in Barcelona eine Rundgebung statt, die die Abschaffung der Stierkämpfe fordert.

* **Explosion eines Luftschiffes.** New York, 6. Juli. Bei einem in San Francisco aufgestiegenen lenkbaren Ballon mit Motorentrieb geriet in einer Höhe von 50 Fuß infolge des Abbrechens von Raketten ein Seil in Brand, was die Explosion des Ballons zur Folge hatte. Zwei Balloninsassen wurden tödlich verletzt. Unter den Zuschauern brach eine Panik aus, wobei viele Personen schwer verletzt wurden.

Letzte Nachrichten.

* **Berlin, 7. Juli.** Die Staatssekretäre v. Bethmann-Hollweg und v. Seydow haben gestern nachmittag im Namen der verbündeten Regierungen mit den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags über das neue Steuerkompromiß verhandelt, nachdem die einzelstaatlichen Minister sich vorher über die Kompromißanträge der Parteien schlüssig gemacht hatten. Wie der „Lokalanzeiger“ erfährt, ist über alle Hauptpunkte eine Einigkeit erzielt und nur über Kleinigkeiten ist man sich noch nicht einig. Der Bundesrat wird sich damit einverstanden erklären, die von den Parteien vorgeschlagene Steuer auf Feuer- und Lebensversicherungen durch eine Talonsteuer zu ersetzen, die auf 20 Millionen veranschlagt ist. Das Zustandekommen der Reichsfinanzreform ist nunmehr gesichert, da das Abkommen von allen Parteien der neuen Mehrheit unterzeichnet ist. Die neue Steuer soll in die Reichsstempelnovelle eingefügt werden und beträgt 1 Prozent für Gewinnanteilscheinbogen von in- und ausländischen Aktien und Anteilscheinen, Reichsbankanteilscheinen und Anteilscheinen von Kolonialgesellschaften, für Zinsbogen 5 pro Mille bei inländischen, für den Handelsverkehr bestimmten Renten- und Schuldverschreibungen, 5 Prozent bei solchen ausländischer Staaten, Kommunen, Korporationen, Aktiengesellschaften, sofern diese letzteren Bogen im Inlande ausgegeben werden, 2 pro Mille bei inländischen, auf den Inhaber lautenden Kommunalpapieren. Der Stempel für Kauf- und sonstige Anschaffungsbescheide soll gestrichen werden.

* **Berlin, 7. Juli.** Wegen Soldatenmishandlungen in 102 Fällen wurde der Sergeant Niehufe von der 2. Kompanie des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments durch das Kriegsgericht des Gardekorps gestern zu einem Jahr Gefängnis und Degradation verurteilt. Er hatte in den meisten Fällen ohne Grund die Leute geschlagen.

* **Kiel, 7. Juli.** Bei einer Exerzierübung des hannoverschen Feldartillerieregiments 26 auf dem Truppenübungsplatz des 19. Armeekorps im Voslstedter Lager schlug ein Geschütz um und begrub drei Soldaten unter sich. Dem einen wurde der Brustkasten eingedrückt, der andere war auf der Stelle tot, der Dritte erlitt Arm- und Beinbrüche.

* **Görlitz, 7. Juli.** Der 24jährige Krankenträger Seidel nach gestern nachmittag aus Eiserfucht ein 21jähriges Mädchen und deren zukünftige Tante, die Schwester eines Cafelotals, nieder. Das Mädchen erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Der Täter ergriff die Flucht, konnte aber eingeholt und verhaftet werden.

* **Siegburg i. Schl., 7. Juli.** Drei Ingenieure befanden in einem Kahn die Talperre bei Mauer in Schleusen zur Untersuchung eines Umlaufstollens. Der Kahn schlug um und alle drei Herren ertranken.

* **Wien, 7. Juli.** Wie aus Warschau gemeldet wird, sind in Bessarabien neuerdings Pogrome gegen Juden und Gutsbesitzer ausgebrochen, wobei bisher ungefähr 100 Menschen getötet worden sind.

* **Rom, 7. Juli.** Die Lage in Palermo ist unverändert; alle Hafenarbeiter streiken und die Schiffe können daher nicht löschen. Den Zeitungen droht das Papier auszugehen. Die Arbeitskammer in Palermo verfügt die unverzügliche Wiederaufnahme der Arbeit für heute.

* **Petersburg, 7. Juli.** Seit gestern sind 83 neue Erkrankungs-fälle an Cholera und 29 Todesfälle vorgekommen.

* **Teheran, 7. Juli.** Kleinere Gefechte haben bei Naredj am Montag stattgefunden. Näheres ist unbekannt. Russische Truppen in der Stärke von einem Regiment Infanterie und 300 Kavalken mit mehreren Geschützen sind in Emsel gelandet worden und marschieren auf Teheran.

* **New York, 7. Juli.** Die hiesige Polizeibehörde kassierte an alle Dampferstationen zwecks Unterbindung des deutschen Reichsdampfers „Helene Widmers“, auf dem man den Mörder der Effie Sigel bestimmt vermutet. Auf dem Dampfer sind mehrere Chinesen als Besatzung, darunter befindet sich ein waghalsiger, gut englisch sprechender Koch, in dem man den Mörder schon vermutet.

Partei-Sekretariat

für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.
Bureau: Vielefeld, Marktstr. 8. Sekretär: Heinr. Klingenbagen.

Partei-Sekretariat

für den Wahlkreis Vielefeld-Wiedenbrück.
Bureau: Vielefeld, Marktstr. 8. Sekretär: Adolf Zentner.
Sprechstunden: Nur an Wochentagen von 11 bis 1½ Uhr mittags und von 5 bis 7 Uhr abends.

Arbeiter, agitiert für eure Zeitung!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Wötter, beide in Vielefeld.



Es muss sein!

dass **sämtliche Sommerwaren** vollständig **ausverkauft werden.**

Grosse Posten farbige **Schuhe** und **Stiefel** gelangen bis zur **Hälfte** des reellen Wertes zum Verkauf. Restbestände meines grossen Lagers werden zu **jedem nur annehmbaren Preise** abgestossen.

Dieser Verkauf findet nur in meinem Geschäft

9 Am Niederwall 9 statt.



Während des Ausverkaufs auf sämt- **liche Artikel 10 Prozent Rabatt!**

Dr. Diehl- und Salvator-Stiefel netto.

Steinrück's

Telephon 296 **Schuhwarenhaus. Niederwall 9.**

Filialen in allen Stadtteilen!

3704

Dalli-
das allerbeste
Seifenpulver

Hansa
Backpulver
Puddingpulver

mit den Prämienbons

Für 50 „Hansa“ Düten erhalten Sie
• 1 Dose ff. Kakes gratis •

Die nächste Nummer des
Simplicissimus erscheint
als Spezialnummer unter
dem Titel

Inker.

Bestellungen nimmt schon
jetzt die Buchhandlung der
„Volkswacht“ entgegen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Bielefeld.

Freitag, 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Stadt
Bielefeld“, Marktstrasse 8.

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Berichterstattung von der Generalversammlung in München.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Die Wiedereröffnung meines

Zigarren-Geschäftes

gestatte ich mir ergebenst an-
zuzeigen und bitte, mir das bisher
erwiesene Wohlwollen auch
fernerhin bewahren zu wollen.

Fritz Wind
Oberstrasse 53.

3713

Geschäfts-Übernahme.

Allen Freunden und Bekannten zur gefl. Nachricht, daß ich mit dem
heutigen Tage die

Ravensberger Bierhalle

Gehrenberg

übernommen habe und bitte um gefl. Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Kaiser.

D. M.-V.

Verwaltung Bielefeld und Umgegend.

Da die Zahl der Arbeitslosen sich erheblich
verringert hat, werden die Kontrollstellen bei
Dertmann, Siefer 271, Budde, Siefer 198, und
Fitzges, Gut Endbrack 70, hierdurch aufgehoben.

Die Kontrolle der Arbeitslosen dieser Bezirke
findet wieder jeden Tag, vormittags von
10—12 Uhr, auf dem Bureau statt.

Die Ortsverwaltung.

3681

In der Buchhandlung „Volkswacht“ sind zu haben:

**Leo Deutsch, Der Lockspiegel Asen und die terro-
ristische Taktik.** Deutsch von S. Grumbach.

Preis 40 Pfg. (Porto n. ausw. 5 Pfg.)

**Der Pope Gapon und seine Rolle in der russischen
Revolution.** Erinnerungen und Eindrücke. Uebersetzt von S.
Grumbach.

Preis 25 Pfg. (Porto n. ausw. 3 Pfg.)



Geben Sie einem
RIEGEL

GESCH. VOR

allen anderen Likören
den Vorzug!

**BESTER
BITTER-LIKÖR**

Original-Mischung: kräftig.
Tropen-Mischung: milde wenig Alkohol.
In besseren Geschäften u. Restaurants
zu haben.

**CHEM. PHARM. LABORATORIUM
APOTHEKER
SCHLUTER & CO. BIELEFELD**

Die Anzeigen

in vor-
liegende
Nummer
wollen
die Referenten und Leser der „Volkswacht“ beachten! * * * * *

Abonnementpreise
für Bielefeld und Umgegend
wie bei sämtlichen Agenturen
ins Haus gebracht 60 Pfg. n.
lich. Durch die Post b.
1,80 Mk. vierteljährlich ex
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn-
feiertage täglich nachmitt.

Fernsprech-Anschluß Nr. 3

Nr. 156.

Die heutige N.

Arbe

In ihrer Verlegenhe-
marlung des Bratow
nichts anderes anzufang
konfessionellen Partei, den
Herr hat bekanntlich am
erdneuhause von unse
er solle für eine Ermä
beiträge sorgen. Derart
sind zu der Wahlrechts
1908, deren Stillsch
tätlichen Zeitung
Schuldigungen gegen die
bei deren Betrachtung se
hote“ meinte: „Wir
wendung dieser Waffe an
In Anlehnung an d
genossen fast gestellten
feindliche Presse in einer
überschriebenen Artikel
daß sie sämtliche Partei
Dieser Artikel, den
Nachrichten“ in Nr.
sonalisiert sich mit der
Partei das Einkommen i
Zwischen relativ weit hö
ülle vermögen.“
„Jedenfalls,“ so heis
eines sozialdemokrati
alängend. Wir kenn
und ausrangierte
irgend einem jüdische
trägern der Partei
Bovorkolonien ei
So sehr wir nun wi
würdenträger“, sondern
beit nähren, zu dem hier
hingewandten „Endziel“ ge
den Falle der Schwindel
das Scharfmacherblatt
Kennzeichnung des Verble
und bedauerlicherweise
nicht mit Namen brandn
Auf derselben geistige
fehlte Kennzeichnung des
die weitere Behauptung d
demokratische Partei jäh
40 bis 60 Millionen Ma
nen 20 bis 30 Mk. aus
Ausdrücklich haben die
vor, daß sie mit dieser
beiträge, sondern nur die
mann weiß, werden als
Wahlvereine selbst in Gro
lich erhoben, was für das
zu der von ihm angegeb
Scharfmacherblatt die M
„Diese Summe setzt sic
demokratischen Vereine,
geldern als sogenannte
kommen die sogenannten
bedingt durch Teilnahme
gen Festlichkeiten.“
Man kann sicher sein,
über die Organisationsbe
keinen Nutzen bräch
und selbst von den Gegn
Tatsache, daß diese Beitr
nicht allein sich über d
beutung aufzuklären, sonde
mannhaft zu wehren, er
knachte mit Wut, gibt ih
geudung der Arbeiterpar
Regierung wohlgefällig
zustand, Zuchtstankurs
nahmen erheben.
Will man in Zahlen d
Organisation den V
vervielfachen.
Die Beiträge, welche d
nisierten Arbeiter zu zahl
stellung in Nr. 36 des
Gewerkschaften“ vor
durchschnittlich auf 40 Pfg.
Jahre 1908 auf 53 Pfg.
Die Gewerkschaften er
verständlich weit über
L. Brunner in Nr. 29
Juli 1908 veröffentlichte
Person und Woche an V
im Jahre 1905:
" " 1906:
" " 1907:
Taneben erreichten die
Person und Woche 1905:
Marl.
So sieht es im Hinbl
träge um die angeblich
aus. Doch wir verhältni